

G8 in der Glaubwürdigkeitsfalle

Nahrungsmittelkrise, Armutsbekämpfung und Klimawandel: Eine Agenda für die G8

Vom 7. bis 9. Juli 2008 findet in Toyako auf Japans zweitgrößter Insel Hokkaido der nächste G8-Gipfel statt. Dieses Treffen und eine Reihe weiterer hochrangiger Konferenzen können das Jahr 2008 zu einem Wendepunkt im Kampf gegen die Armut machen und entscheidende Fortschritte beim Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele, bei der Bewältigung der Nahrungsmittelkrise und im Kampf gegen den Klimawandel bewirken. Entschlossenes Handeln ist geboten. Frühere Versprechen sind einzulösen. Weltwirtschaftliche Turbulenzen dürfen nicht als Ausrede dienen, untätig zu bleiben. Die Glaubwürdigkeit der G8 steht auf dem Spiel.

Zusammenfassung

Im Jahr 2008 ist die Hälfte der Frist verstrichen, die sich die internationale Staatengemeinschaft für das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals / MDGs) gesetzt hat; auf die Umsetzung dieser Ziele bis zum Jahr 2015 haben sich 147 Nationen im Jahr 2000 verständigt. Bei den MDGs geht es im Wesentlichen um die Halbierung des Anteils der Menschen, die in extremer Armut leben und von Hunger betroffen sind, um Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheitsfürsorge, Grundbildung, Wasserversorgung, Hygienemaßnahmen und Umweltschutz.

Abbildung 1: Die Millennium-Entwicklungsziele

Goal	1 Eradicate income poverty and hunger	2 Achieve universal primary education	3 Promote gender equality and empower women	4 Reduce child mortality	5 Improve maternal health	6 Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases	7 Ensure environmental sustainability	8 Develop a global partnership for development
Key targets	Halve the proportion of people living on less than \$1 a day by 2015. Halve the proportion of people who suffer from hunger by 2015	Ensure that all children complete a full course of primary schooling by 2015	Eliminate gender disparity in primary and secondary education by 2005, and in all levels of education by 2015	Reduce the mortality rate of children under five by two-thirds by 2015	Reduce by three-quarters the ratio of women dying in childbirth by 2015	Halt and begin to reverse the incidence of HIV/AIDS and other major diseases by 2015	Halve by 2015 the proportion of people without access to safe drinking water and basic sanitation	Develop a non-discriminatory and rules-based trading system, provide more generous aid and deal comprehensively with the debt problem

Quelle: Oxfam, Paying the Price (2004)

Bei diesen Zielen handelt es sich nicht um Wunschträume. Sie können erreicht werden, wenn der politische Wille dazu besteht, die strukturellen Voraussetzungen geschaffen und die erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt werden. Hier klaffen allerdings auf Seiten der reichen Länder Worte und Taten weiterhin krass auseinander.

Trotz einiger bemerkenswerter Fortschritte erscheint es heute mehr als fraglich, dass die MDGs bis 2015 flächendeckend erreicht werden. Dies liegt allerdings nicht nur an den Versäumnissen der reichen Länder, auch die Regierungen der Entwicklungsländer müssen ihrer Verantwortung besser gerecht werden.

In den nächsten Monaten gibt es eine Reihe von Anlässen, bei denen die politischen Führungen der G8-Länder zeigen können, dass ihr Wort sehr wohl etwas gilt und dass sie entschlossen sind, ihr Ansehen als glaubwürdige Politiker zu retten. Dazu

zählen der G8-Gipfel im Juli in Japan, der MDG-Gipfel auf Einladung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen im September, der Ghana-Gipfel zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls im September, die VN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha im November/Dezember sowie die VN-Klimakonferenz in Poznan/Polen im Dezember.

Für Oxfam sollten bei diesen Treffen vor allem sechs Themenbereiche im Vordergrund, zu denen Entscheidungen getroffen werden müssen:

1. Die Unterstützung armer Bauern und die Eindämmung der Agrartreibstoffförderung
2. Die Einhaltung der Entwicklungshilfeversprechen
3. Gesundheitsfürsorge, Grundbildung, Trinkwasserversorgung und Hygienemaßnahmen für alle
4. Die Bekämpfung des Klimawandels und die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern
5. Die verstärkte Förderung von Frauen und Mädchen
6. Sicherheit als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung

Der jüngste rasante Anstieg der Preise für Nahrungsmittel bedeutet großes Elend, Not und Verzweiflung für Millionen Menschen und führt zu Hungerrevolten in vielen Ländern der Welt. In welchem Maß der Agrartreibstoffboom zur Nahrungsmittelknappheit beiträgt, erscheint noch nicht hinreichend geklärt. Schätzungen des International Food Policy Research Institute (IFPRI) gehen von einem mindestens 30-%igen Anteil an den Preissteigerungen aus.¹ Wenn die Nachfrage nach Agrartreibstoffen wächst, wird sich die Situation weiter zuspitzen. Wenn die Armen hungern, dürfen die Reichen einfach nicht Nahrungsmittel als Treibstoff verbrennen! Die Förderung von Agrartreibstoff, welche die Nahrungsmittelpreise anheizt, muss überprüft und eingefroren werden. Gleichzeitig sollten die Gelder für Nahrungsmittelhilfe und die langfristige Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung, einschließlich der Bereitstellung staatlich subventionierten Saatguts und Düngers, rasch gesteigert werden. In den Handelsverträgen müssen die notwendigen Instrumente bereitgestellt werden, um die uneingeschränkte Förderung der einheimischen Nahrungsmittelproduktion zu ermöglichen.

Die weltweite Entwicklungshilfe muss endlich wieder steigen. 1970 sagten die reichen Länder zu, 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) als Entwicklungshilfe einzusetzen. 38 Jahre später liegt diese Quote bei nur 0,28 %. Sie ist damit um fast die Hälfte niedriger im Vergleich zu 1962, als bereits 0,5 % des BNE für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung standen.

Im Jahr 2005, beim Gipfel in Gleneagles, versprachen die G8 unter beispiellosem weltweitem Druck, die internationale Entwicklungshilfe bis 2010 um 50 Mrd. US-Dollar zu erhöhen. Oxfams Prognose im vergangenen Jahr war, dass dieses Ziel bei

¹ www.guardian.co.uk/environment/2008/feb/26/food.unitednations.

gleichbleibenden Trends um etwa 30 Mrd. US-Dollar verfehlt werden würde. Eine in diesem Jahr durchgeführte umfassende Studie der OECD hat diese Schätzung bestätigt. Ist es nicht skandalös, dass die reichen Länder offensichtlich kein Problem damit hatten, in den letzten Monaten über 1.000 Mrd. US-Dollar aufzubringen, um ihre Banken in der Immobilienkrise zu stützen, es zugleich jedoch nicht schaffen, die 50 Mrd. US-Dollar mehr Entwicklungshilfe zu finanzieren, die sie 2005 versprochen haben?

Die Entwicklungshilfe muss nicht nur erhöht, sondern auch qualitativ deutlich verbessert werden. Sie sollte verstärkt in soziale Grunddienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen fließen. Wenn Hilfe wirken soll, müssen zudem zwei spezifische Bedingungen erfüllt sein: Erstens muss sie an die Empfänger-Regierungen für Programme gegeben werden, die jene selbst entwickelt haben. Zweitens muss die Hilfe langfristig, d.h. für mehrere Jahre zugesagt werden, und die Geberländer haben sich an ihre Zusagen zu halten.

Die Verbesserung der sozialen Grunddienstleistungen spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die weltweite Armut. Wenn Gesundheitsfürsorge und Bildung in armen Ländern kostenlos bereitgestellt und vor allem den ärmsten Teilen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, können erhebliche Fortschritte zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele erzielt werden. Die finanzielle Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft ist dafür unabdingbar. Zudem müssen die reichen Länder die Abwanderung von Gesundheitsfachkräften und Lehrpersonal aus armen Ländern in die Industrieländer („brain drain“) stoppen und sich für faire Handelsregeln einsetzen, die allen Menschen eine Versorgung mit Medikamenten zu erschwinglichen Preisen ermöglichen.

Auch Schuldenerlassen kommt im Kampf gegen die Armut zentrale Bedeutung zu. 2008 jährt sich zum zehnten Mal der G7-Gipfel in Birmingham, Stadt der ersten Erlassjahr-Proteste. Schulden zu erlassen, ist wohl das Beste, was die G8 je für arme Länder getan haben. Dies hat zu einer Verdoppelung der Sozialausgaben in vielen dieser Länder geführt. Jedoch hat sich die Gewährung von Schuldenerlassen leider verlangsamt. So zahlt z.B. Bangladesch, wo der Anstieg der Nahrungsmittelpreise zu Unruhen geführt hat und 80 Millionen Menschen Gefahr laufen, aufgrund des Klimawandels zu Flüchtlingen zu werden, immer noch jeden Tag 2 Mio. US-Dollar an Schuldendienst. Über einen weiteren Schuldenerlass hinaus muss verhindert werden, dass arme Länder durch unverantwortliche Kreditvergabepraktiken erneut in die Schuldenfalle geraten.

Ein ständig wachsendes Problem bei der weltweiten Armutsbekämpfung ist die globale Erwärmung. Der Klimawandel verursacht zunehmend Dürren und Flutkatastrophen. Die Ärmsten sind als erste und am härtesten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, ihre Existenzgrundlagen sind ernsthaft gefährdet. Das Jahr 2015 ist nicht nur der Fixpunkt für das Erreichen der MDGs, sondern auch ein entscheidendes Datum im Kampf gegen den Klimawandel. Wenn nicht bis 2015 weltweit die Trendwende geschafft ist und ab dann die globalen Treibhausgas-

emissionen rasch sinken, werden die Auswirkungen des Klimawandels unbeherrschbar und irreversibel. Vor allem für die weltweit ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen wären noch mehr Armut und viele Todesopfer die Folge.

Zwar steht der Klimaschutz beim G8-Gipfel weit oben auf der Tagesordnung, jedoch ist nicht sicher, dass sich die G8-Staaten auf das Ziel eines ehrgeizigen UN-Klima-abkommens für die Zeit nach 2012 einigt. Wenn auch die Schwellenländer heute mit zu den großen CO₂-Emittenten zählen, so haben doch vornehmlich die reichen Industrienationen das Problem verursacht, und vor allem sie verfügen über die geeigneten Ressourcen und Möglichkeiten, ihre Emissionen schnell und drastisch zu reduzieren und ärmeren Ländern beim Absenken von Treibhausgasen zu helfen. Zwar haben einige Länder wie Deutschland, Großbritannien, Japan und die USA ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, ärmere Länder in diesem Prozess zu unterstützen. Jedoch besteht die Gefahr, dass das dafür notwendige Geld zum Teil aus den Entwicklungsetats genommen wird und damit zulasten der Armutsbekämpfung geht. Großbritannien besteht sogar auf der Rückzahlung solcher Anpassungshilfen. Arme Länder erleiden daher dreifaches Unrecht: Sie zahlen den Preis für die von den Industrienationen verursachten Emissionen; die geringen Summen, die sie erhalten, werden an anderer Stelle gekürzt; und in manchen Fällen müssen sie dieses Geld auch noch mit Zinsen zurückzahlen. Um diese Ungerechtigkeit zu beenden, müssen die G8-Staaten schnellstens ihre Finanzierungszusagen für die Anpassung an den Klimawandel in armen Ländern auf jährlich mindestens 50 Mrd. US-Dollar erhöhen – nicht als karitativen Akt, sondern als Ausgleich für das Verursachen der Krise.

Weltweit werden die zentralen politischen Entscheidungen zumeist von Männern getroffen. Oftmals ist Armut eine direkte Folge dieser Entscheidungen, und sie trifft häufig vor allem Frauen. Wenn Fortschritte im Kampf gegen die weltweite Armut erzielt werden sollen, muss daher insbesondere der Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dazu gehört auch, ihre Teilhabe an politischen Prozessen zu stärken. Die internationale Staatengemeinschaft muss viel stärker als bisher Frauenorganisationen und geschlechterspezifische Aktivitäten unterstützen. Die Vereinten Nationen sollten hierbei eine Schlüsselrolle spielen und die Gleichberechtigung der Geschlechter im Rahmen einer eigens für die Belange von Frauen zuständigen Behörde fördern.

Armut, verbunden mit extremer sozialer Ungleichheit, ist eine wesentliche Ursache der im Jahr 2007 weltweit registrierten 31 Kriege und ernsten Krisen. Die gegenwärtigen Versäumnisse bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit erhöhen das Risiko neuer bewaffneter Konflikte in oder zwischen den ärmsten Ländern der Welt. Den Vereinten Nationen zufolge sind Frauen von solchen Konflikten besonders betroffen. Die G8-Mitglieder USA, Großbritannien, Russland, Frankreich, China, Deutschland und Kanada zählen zu den weltgrößten Rüstungsexportnationen. Alle G8-Staaten mit Ausnahme Kanadas gehören auch einer UN-Expertengruppe an, die in diesem Jahr über die Machbarkeit, den Regelungsumfang

und wesentliche Bestandteile eines weltweiten Übereinkommens zur Kontrolle des Rüstungshandels (Arms Trade Treaty, ATT) berät. Die G8-Staaten tragen hier als führende Mächte und Rüstungsexporteure eine besondere Verantwortung für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen.

Derzeit wird das Dreizehnfache der weltweiten Entwicklungshilfe für Rüstung ausgegeben. Würde dieses Verhältnis umgekehrt, könnte im globalen Kampf gegen die Armut, die Nahrungsmittelkrise und den Klimawandel viel erreicht werden. Es ist an den G8, die dafür notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

Empfehlungen:

1. Arme Bauern unterstützen und die Förderung von Agrartreibstoffen einfrieren:

- Die G8-Regierungen sind gefordert, ihre gegenwärtigen Unterstützungen, Zielsetzungen und Anreize wie Subventionen und Steuererleichterungen für Agrartreibstoffe dringend zu überprüfen und einzufrieren bzw. zu beenden.
- Die G8 sollten eine führende Rolle bei der akuten Bewältigung der Nahrungsmittelkrise mittels koordinierter humanitärer Hilfe übernehmen. Oxfam schätzt, dass 14,5 Mrd. US-Dollar erforderlich sind, um den Menschen in Not zu helfen.
- Es muss mehr in die Landwirtschaft und den ländlichen Raum investiert werden, insbesondere sollten Kleinbauern und Landarbeiter größere Unterstützung erhalten.
- Die reichen Industrienationen müssen sich auf Handelsregeln verständigen, die Dumping verhindern und armen Ländern die Möglichkeit geben, eine ausreichende Ernährung ihrer Bevölkerung sicherzustellen.

2. Entwicklungshilfeversprechen einhalten:

- Die G8 sollten sich unter der japanischen Präsidentschaft auf detaillierte nationale Zeitpläne zur Erhöhung der Entwicklungshilfe verständigen. Diese Pläne müssen darlegen, wie die in Gleneagles gemachten Versprechen umgesetzt werden sollen und wie darüber hinaus bis zum Jahr 2015 das Ziel, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, erreicht werden soll.
- Die G8 müssen die Qualität der Hilfsleistungen verbessern, insbesondere indem sie die Dauer ihrer Zusagen auf einen Zeitraum von mehreren Jahren erhöhen und mehr Gelder in Form von Budgethilfe direkt den Regierungen armer Länder zur Verfügung stellen. Die dafür vorgesehenen internationalen Zielmarken sollten ausgeweitet werden.
- Die G8 sollten sich auf einen Schuldenerlass für diejenigen Länder einigen, die diesen zum Erreichen der MDGs benötigen.

3. Soziale Grunddienstleistungen unterstützen:

- Es gilt, Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen zu Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit zu machen und allen Menschen den Zugang zu diesen sozialen Grunddienstleistungen zu ermöglichen.
- Die G8 müssen sich auf einen Mechanismus verständigen, mit dem die nationalen Pläne armer Länder zum Aufbau eines leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitssystems unterstützt und die über vier Millionen fehlenden Gesundheitsfachkräfte eingestellt werden können.

4. Klimawandel begrenzen, Anpassung finanzieren:

- Die G8 sollten sich darauf verständigen, die globale Erwärmung soweit wie möglich unter 2 Grad Celsius zu halten.
- Die G8 müssen sich auf das Ziel eines substanziellen VN-Klimaabkommens für die Zeit nach 2012 verständigen und sich dazu verpflichten, ihre eigenen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 bis 40 % im Vergleich zu 1990 zu senken.
- Die G8 müssen die für die Anpassung an den Klimawandel in armen Ländern jährlich benötigten 50 Mrd. US-Dollar zur Verfügung stellen. Dieses Geld sollte von den Vereinten Nationen verwaltet und nicht auf die Öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) angerechnet werden.

5. Entwicklungschancen von Frauen und Mädchen verbessern:

- Die G8 müssen mehr Geld für Aktivitäten, die auf die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen abzielen, aufbringen.
- Sie sollten sich für die Schaffung einer UN-Institution einsetzen, die sich speziell den Fragen der Geschlechtergerechtigkeit widmet.

6. Sicherheit als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung fördern:

- Alle G8-Staaten und andere reiche Länder müssen den Prozess, der zu einem substanziellen weltweiten Übereinkommen zur Kontrolle des Rüstungshandels führen soll, unterstützen. Um funktionsfähig zu sein, muss dieses Abkommen rechtlich verbindlichen Status besitzen und den Schutz der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und der nachhaltigen Entwicklung beinhalten.

1. Arme Bauern unterstützen und die Förderung von Agrartreibstoff einfrieren

Hohe Nahrungsmittelpreise treiben Millionen Menschen in die Armut

Nachdem die Nahrungsmittelpreise jahrelang gefallen sind, hat die Weltbank für die letzten drei Jahre eine Steigerung der Nahrungsmittelpreise um 83% festgestellt.² Besonders so lebenswichtige Produkte wie Reis und Weizen sind davon betroffen. Die Preissteigerungen treffen insbesondere Menschen in armen Ländern hart. Ein Ghanaer z.B. gibt inzwischen durchschnittlich 60% seines Einkommens für Lebensmittel aus. Damit drohen Millionen von Menschen in die Armut gedrängt zu werden. Viele Menschen sind in ihrer Verzweiflung deswegen bereits auf die Straße gegangen und haben protestiert.

Mütter können ihre Kinder nicht mehr ernähren, Mädchen werden von der Schule genommen, lebensnotwendige Medikamente können nicht mehr bezahlt werden. Weltweit werden Mütter und Väter vor vielfältige schwierige Entscheidungen gestellt. Ohne angemessene Ernährung können HIV/Aids-Medikamente den Kranken schaden. Kinder werden in ihrer Entwicklung gehemmt und lernen weniger. Fortschritte bei den Millennium-Entwicklungszielen werden noch schwieriger erreichbar sein und schon Erreichtes kann wieder verloren gehen.

Kasten 1: Anstieg der Nahrungsmittelpreise trifft Senegal hart

Normalerweise wird in Senegal nur die Hälfte der Nahrungsmittel selbst angebaut und der Rest wird international eingekauft. Dieses Jahr gab es bereits frühzeitig Warnzeichen: Die Nahrungsmittelpreise stiegen früher als sonst, die Nahrungsmittelvorräte fielen niedriger aus, Haustiere wurden vermehrt verkauft. Nomaden aus Mauretanien kamen in den Senegal, um ihr Vieh dort weiden zu lassen. Mitarbeiter und Partner von Oxfam vor Ort berichten von besorgniserregenden Auswirkungen auf das Leben der Menschen: Es wird weniger und unausgewogener gegessen, Kinder werden von der Schule genommen, die Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen über die Nutzung natürlicher Ressourcen nehmen zu und das Banditenwesen breitet sich aus. Mit Blick auf den Niederschlag und die Nahrungsmittelproduktion ist es für den Senegal das dritte schlechte Jahr in Folge.

Abgesehen von kleinen Erhöhungen der humanitären Hilfe, sind den vielen Worten der reichen Länder bisher keine Taten gefolgt. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise geht zum Teil auf einige langfristige, strukturelle Faktoren wie schlechtes und unvorsehbareres Wetter im Zuge des Klimawandels und eine höhere Nachfrage in Indien und China zurück. Jedoch könnte in den drei Bereichen Agrartreibstoffe, humanitäre und landwirtschaftliche Hilfe und internationale Handelsregeln sofortiges Handeln zur Lösung der Nahrungsmittelkrise beitragen.

² M. Ivanic und W. Martin 2008: Implications of Higher Global Food Prices for Poverty in Low-Income Countries, Policy Research Working Paper 4594, Washington DC.

Ethanol kann man nicht essen

Die reichen Länder sollten in den nächsten Monaten dringend ihre bindenden Agrartreibstoff-Ziele auf den Prüfstand stellen und Unterstützungsmaßnahmen abschaffen welche die Nahrungsmittelpreise anheizen. Es ist erwiesen, dass das große Wachstum der Agrartreibstoffnachfrage die Steigerung der Nahrungsmittelpreise wesentlich mit verursacht hat. Gleichzeitig verschlimmert die Erzeugung der Agrartreibstoffe in vielen Fällen den Klimawandel (siehe unten).

Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) geht davon aus, dass mindestens 30% des Anstiegs der Nahrungsmittelpreise auf die Nachfrage nach Agrartreibstoffen zurückzuführen ist.³ Der IWF hat errechnet, dass der Agrartreibstoffboom für etwa die Hälfte des Nachfrageanstiegs bei den wichtigen Getreidearten im Zeitraum 2006/2007 verantwortlich ist. Das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) schätzt, dass ein Drittel des Wachstums der globalen Getreidenachfrage im Zeitraum von 2002 bis 2007 durch US-Ethanol verursacht wurde.⁴ Die Umwandlung von Getreide in Ethanol hat erhebliche Auswirkungen auf die globale Nachfrage (siehe Abbildung 2). Die Ziele der USA und der EU, die Verwendung von Agrartreibstoffen schnell zu erhöhen, werden die Nachfrage nach Agrarprodukten in der nächsten Zeit wahrscheinlich weiter anheizen. Das US-Energiegesetz aus dem Jahr 2007 schreibt eine Verfünffachung der Agrartreibstoffproduktion bis 2022 fest. Dies schließt die Verdopplung der Ethanolproduktion mit ein, was bedeutet, dass bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts bis zur Hälfte des US-Mais für Ethanol verwendet wird. Die EU will bis zum Jahr 2020 10% ihres Treibstoffs aus erneuerbaren Quellen gewinnen.

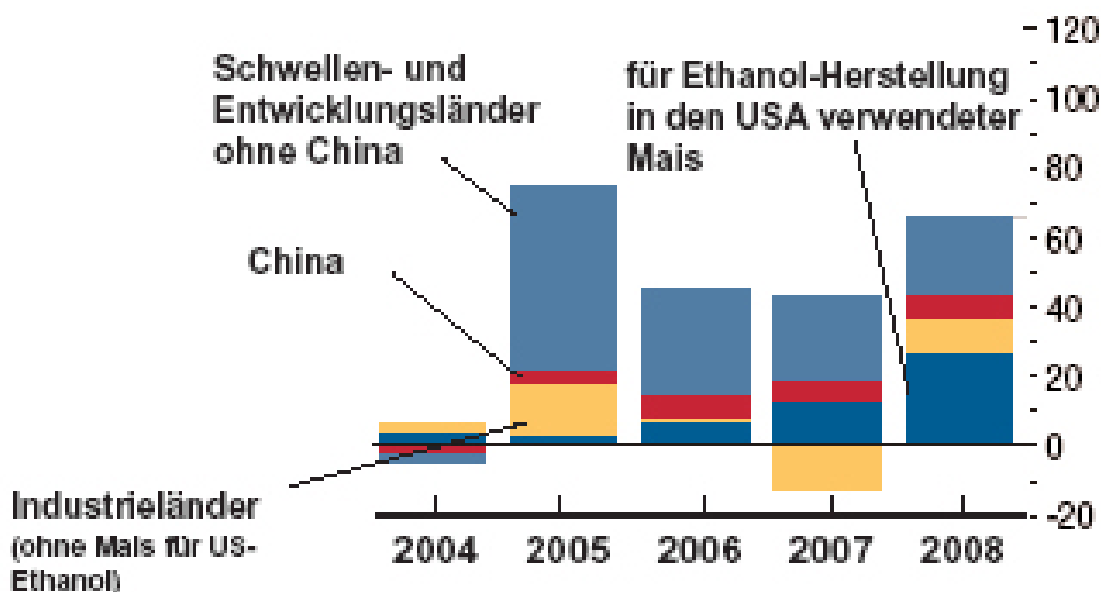
Die Agrartreibstoffproduktion verbraucht Getreide, das sonst als Nahrungsmittel verwendet werden könnte. Sie steht in Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion im Hinblick auf die Nutzung von Boden, Wasser und anderen Ressourcen und treibt somit die Preise weiter an. Natürliche CO₂-Senken wie Regenwald und Grünland werden zerstört, um den Weg für Agrartreibstoffe frei zu machen. Landarbeiter/innen arbeiten unter ausbeuterischen Bedingungen. Die Vereinten Nationen schätzen, dass 60 Millionen Indigene von ihrem Land vertrieben werden könnten.

Während viele der Faktoren, welche die Preise antreiben, außerhalb des Handlungsspielraums der G8-Regierungen stehen (z.B. Wetter, Ölpreise oder höhere Nachfrage in den Schwellenländern), trifft dies für die Agrartreibstoffe nicht zu. Die Nachfrage wird politisch geschaffen und kann somit auch politisch beeinflusst werden. Die G8-Regierungen sind gefordert, ihre gegenwärtigen Unterstützungen und Anreize für Agrartreibstoffe dringend zu überprüfen und einzufrieren bzw. zu beenden. Handeln ist gefragt, um eine Ausweitung der Armut zu verhindern.

³ www.guardian.co.uk/environment/2008/feb/26/food.unitednations.

⁴ Global Agricultural Supply and Demand: Factors Contributing to the Recent Increase in Food Commodity Prices, Ron Trostle, USDA Economic Research Service, Mai 2008, S. 17.

Abbildung 2: Veränderung der Nachfrage nach den wichtigen Feldfrüchten Weizen, Mais, Reis und Sojabohnen (Differenz zum Vorjahr, in Mio. Tonnen)



Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, April 2008

Erhebliche Ausweitung der humanitären Hilfe und der Hilfe für die Landwirtschaft erforderlich

Die G8 können eine führende Rolle bei der akuten Bewältigung der Nahrungsmittelkrise mittels koordinierter humanitärer Hilfe übernehmen. Die Bereitstellung der vom Welt-ernährungsprogramm (WFP) angefragten Mittel in Höhe von 750 Millionen US-Dollar für die Fortführung ihrer Programme reicht nicht aus. Oxfam schätzt, dass 14,5 Milliarden US-Dollar erforderlich sind, um den Menschen in Not zu helfen.⁵ Vor Ort sollten nationale Sozialsicherungsprogramme, wie Mindesteinkommensgarantien und öffentliche Arbeitsprogramme sowie direkte Nahrungsmittelversorgung für die betroffene und hungergefährdete Bevölkerung, durchgeführt werden.

Die Bereitstellung von Geldern („cash“) für die lokale und regionale Beschaffung muss Priorität vor der Nahrungsmittelhilfe („in kind“) haben, um die lokale Landwirtschaft und den lokalen Handel zu stärken. Oft ist es effektiver, dieses Geld direkt Frauen zu geben, da diese häufig die Hauptverantwortung für die Ernährung der Familie haben.

Die gegenwärtige Bedrohung ist auch eine Chance, nunmehr lang ausstehende Reformen durchzuführen. Mehr Investitionen in die Landwirtschaft und andere Politiken zur Reduzierung der Armut sind von zentraler Bedeutung, wenn arme Bauern, Landarbeiter,

⁵ Oxfams Schätzung beruht darauf, dass die 290 Millionen Ärmsten in den 53 am stärksten von der Nahrungsmittelkrise betroffenen Ländern im Jahr 2008 Hilfsleistungen von durchschnittlich 50 US-Dollar pro Kopf benötigen.

Nomaden und insbesondere Frauen von den höheren Preisen profitieren sollen. Allerdings ist die Hilfe für die Landwirtschaft im Zeitraum von 1985 bis 2005 um fast 50% zurückgegangen. Allen Versprechen einiger Geldgeber zum Trotz lag die Umsetzung des ersten Millenniums-Ziels, den Anteil der Hungernden bis 2015 zu halbieren, bereits vor der Nahrungsmittelkrise weitab vom Kurs. Afrikanische Regierungen bleiben ebenso hinter ihren Versprechen zurück: Im Jahr 2006 hatten nur sechs von 24 Regierungen ihre Verpflichtung aus dem Jahr 2003, 10% ihres Haushalts für die Landwirtschaft zu verwenden, erfüllt.⁶ Dass sich Investitionen in die Landwirtschaft lohnen und es einen Weg aus der Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfe gibt, haben Länder wie Malawi und Sambia beispielhaft gezeigt.

Kasten 2: Subventionen sichern in Malawi die Ernährung

Viele Jahre lang wurde die Landwirtschaft in Malawi vernachlässigt. Die Weltbank und andere Geldgeber trieben die Liberalisierung voran und förderten den Privatsektor. Diese Strategie schlug fehl. Subsistenz-Landwirte standen hinterher sogar schlechter dar als zuvor: Die Regierung unterstützte sie nicht mehr und die Entwicklung des Privatsektors scheiterte. Dieses politische Versagen begründete wesentlich die Nahrungsmittelkrise im Jahr 2002, in der Millionen Menschen in Malawi dem Hungertod nahe waren und teure Nahrungsmittel importiert werden mussten.

Im Laufe der letzten zwei Jahre hat die malawische Regierung eine Düngemittelsubvention eingeführt. Drei Millionen Bezugsscheine, mit denen Düngemittel zu einem Viertel des Marktpreises gekauft werden konnten, wurden an Bauern ausgegeben. Die Weltbank und andere Geldgeber lehnten diese Form von Marktintervention von Anfang an ab. Die positiven Auswirkungen der Düngemittelsubvention waren jedoch enorm. Experten beziffern die aus den Subventionen resultierende Steigerung der Ernteerträge mit 20%.

Der Anteil der armen Haushalte, die vom Preisschock bei Nahrungsmitteln in den drei vorherigen Jahren betroffen waren, sank von 79% im Jahr 2004 auf 20% im Jahr 2007. Malawi hat sich zum Exporteur von Getreide in andere Länder der Region entwickelt und leistet Nahrungsmittelhilfe an Lesotho.

Auch die Weltbank erkannte schließlich den positiven Beitrag der Subventionen an; ihre Untersuchung zur Frage, ob ähnliche Programme zur Ernährungssicherung in anderen armen Ländern beitragen könnten, steht allerdings noch aus.

Quelle: Dorward et al., Auswertung der Subventionen 2006/2007, März 2008

Den Nahrungsmittel importierenden Entwicklungsländern, die Zahlungsbilanzprobleme haben oder wegen der hohen Nahrungsmittelpreise in einer finanziellen Krise sind, müssen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Streichung ihrer Schulden sollte beschleunigt und auf alle Länder ausgeweitet werden, die besonders von der

⁶ Diese sechs Länder sind Niger (20 %), Äthiopien (16,8 %), Burkina Faso (13,7 %), Tschad (12 %), Mali (11 %), und Malawi (11 %). Im Durchschnitt stellten die 24 untersuchten Länder 6,6 % ihres Haushalts für die Landwirtschaft zur Verfügung, im Jahr 2003 betrug der Durchschnitt bei 31 untersuchten Ländern 5,6 %. Quelle: www.africa-union.org/root/ua/Conferences/2008/avril/REA/01avr/Pamphlet_rev6.pdf

Nahrungsmittelkrise betroffen sind. Bestehende Finanzierungsinstrumente beim IWF und bei der Weltbank müssen ausgeschöpft werden, um den von der Nahrungsmittelkrise betroffenen Ländern zu helfen. Diese finanzielle Unterstützung sollte nicht an Konditionen geknüpft und als Zuschüsse, nicht als Kredite, gewährt werden.⁷

Handelsregeln, um Schaden abzuwenden

Die gegenwärtige Situation erfordert politische Handlungsspielräume: Entwicklungsländer müssen die Möglichkeit haben, Politikinstrumente zur Förderung der Ernährungssicherheit und der ländlichen Entwicklung einzusetzen und die ärmsten und am meisten marginalisierten Bauern und Landarbeitern, insbesondere Frauen, in der Weise zu unterstützen, dass sie von den gegenwärtigen Preiserhöhungen profitieren.

Die Nahrungsmittelkrise ist zum Teil das Ergebnis des Versagens von drei Jahrzehnten der Markt-Deregulierung in der Landwirtschaft und des massiven Agrardumpings durch die Industrieländer. Inzwischen zeigt sich, dass die Länder, in denen der Staat eine stärkere Regulierungsfunktion und Zölle aufrecht erhalten hat, besser für die Bewältigung der Nahrungsmittelkrise gewappnet sind. Ein neuer und ausgewogener Ansatz, der die Notwendigkeit staatlicher Intervention anerkennt, ist dringend erforderlich. Handelsverträge werden für lange Zeit abgeschlossen und sind größtenteils unumkehrbar. Die in ihnen vereinbarten Handelsregeln sollten arme Menschen sowohl in Zeiten niedriger als auch hoher Nahrungsmittelpreise unterstützen. Die Unterhändler in den WTO-Verhandlungen mögen zwar gerne die Krise ausnutzen, um die Verhandlungen zu einem Ende zu bringen, aber ein WTO-Abkommen, das auf den derzeit diskutierten Vorschlägen basiert, wird keinen Beitrag zur Lösung der Nahrungsmittelkrise und zur Armutsbekämpfung leisten. Denn eine schnelle und unkontrollierte Öffnung der Märkte würde die Nahrungsmittelpreise noch volatiler werden lassen, die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Importen erhöhen und die Macht des multinationalen Agrobusiness in den Nahrungsmittel- und Agrarmärkten stärken.

Die letzten WTO-Verhandlungstexte zeigen, dass die reichen Länder immer noch nicht ausreichend aktiv ihre Versprechen einlösen, die handelsverzerrenden Agrarsubventionen zu kürzen und den Marktzugang für arme Länder zu verbessern.

Im Mai dieses Jahres hat der US-Kongress ein 289 Milliarden schweres Farm-Gesetz verabschiedet, das eine Erhöhung der handelsverzerrenden Agrarsubventionen mit sich bringt und im Widerspruch zu bestehenden WTO-Angeboten steht. Dieses Farm-Gesetz

⁷ Der IWF sollte sicherstellen, dass all jenen Ländern, die dies wollen, automatisch und unverzüglich eine Ausweitung der sog. Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) angeboten wird, ohne dass damit die Erfüllung zusätzlicher Konditionalitäten verbunden ist. Des Weiteren sollte die IWF-Fazilität zur Abfederung exogener Schocks (Exogenous Shocks Facility, ESF) allen Ländern zugänglich gemacht werden, die durch die Nahrungsmittelkrise Haushalts- oder Zahlungsbilanzprobleme haben bzw. deren Defizite sich durch die Krise verschärfen. Weltbank und IWF sollten zudem den durch die Nahrungsmittelkrise in eine Notlage geratenen Ländern mit mittlerem Einkommen (MICs) Finanzhilfen in Aussicht stellen. Wie bei der IWF-Fazilität zur Kompensation von Exporterlösausfällen und unerwarteten externen Störungen (Compensatory and Contingency Financing Facility, CCF), sollten Finanzhilfen auch in diesen Fällen nicht an Konditionen gebunden sein.

wird wahrscheinlich die US-Politik der nächsten fünf Jahre prägen. Es löst erhebliche Zweifel aus an der Ernsthaftigkeit der US-Verpflichtungen zur Reform des bestehenden Systems und zum Erreichen eines entwicklungsförderlichen Abkommens.

Zudem geht die Reform der Europäischen Agrarpolitik nicht weit und schnell genug in die richtige Richtung. Mit Blick auf die Agrarsubventionen ist abzusehen, dass sich bei der jetzigen Reform an der ungerechten Verteilung der Direktzahlungen kaum etwas ändert. Exportsubventionen werden in der EU weiterhin systematisch als Instrument zur Entlastung einheimischer Märkte und zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie eingesetzt. Auf beiden Seiten des Atlantiks wird somit die einmalige Gelegenheit für einen positiven Wandel nicht genutzt.

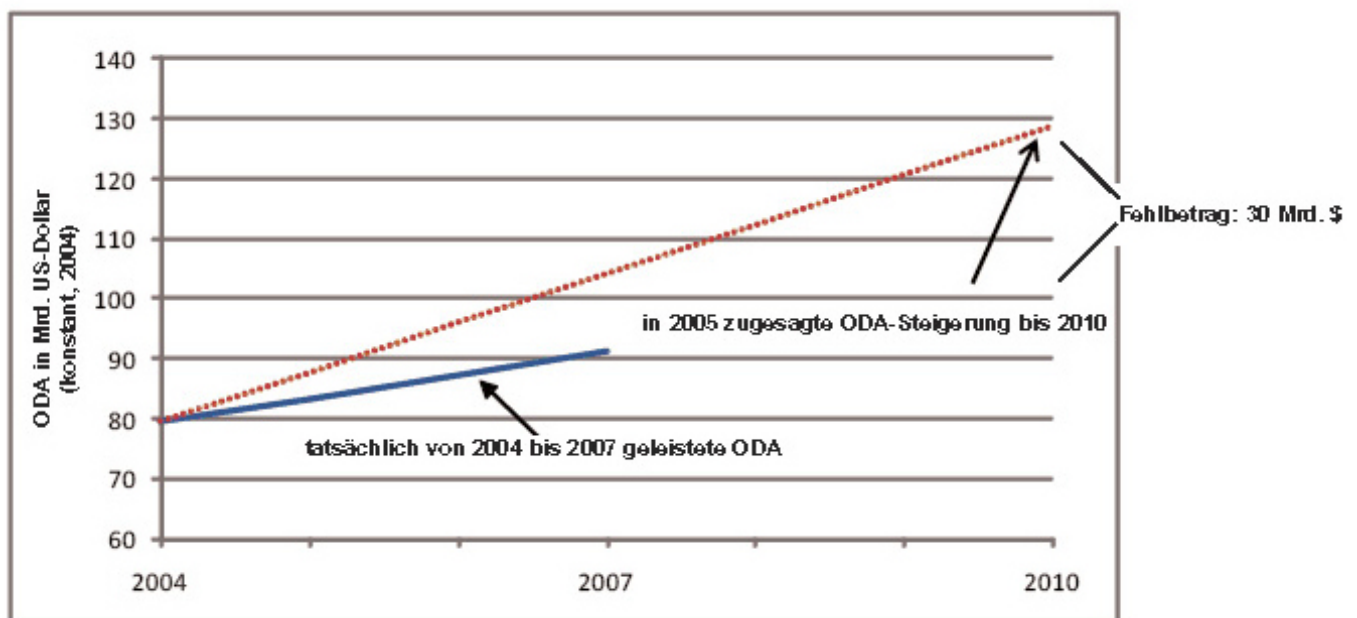
Obgleich die reichen Länder nur sehr langsam die seit langem notwendigen Reformen vorantreiben, verwehren sie den armen Ländern die notwendige Flexibilität, um ihre gefährdeten Bauern zu schützen, und fordern die Festschreibung der Zölle bei Industriegütern, was eine zukünftige industrielle Entwicklung erschwert. Sie kritisieren arme Länder wegen ihres Protektionismus, während sie gleichzeitig ihre eigene Landwirtschaft im erheblichen Umfang subventionieren. Sie drängen auf aggressive Art und Weise auf Verhandlungen im Dienstleistungsbereich, um Zugang zu den potenziell attraktiven Sektoren in Entwicklungsländern – Banken, Telekommunikation, Wasser – zu erlangen, während sie weitere Flexibilitäten in den Bereichen, die für arme Länder eine hohe Bedeutung haben, ablehnen.

In der Zwischenzeit werden viele Freihandelsabkommen, wie z.B. die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den AKP-Ländern, verhandelt, die eine radikalere Öffnung der Märkte und weniger Schutzinstrumente als die WTO erlauben. Sie sind in dem Sinne unfair, dass die reichen Länder hier versuchen, Zugeständnisse zu erzwingen, die sie in den WTO-Verhandlungen nicht durchsetzen konnten. Noch immer gilt, dass bei den laufenden Verhandlungen die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer in den Mittelpunkt gestellt werden müssen. Darüber hinaus sollten keine weiteren neuen Abkommen auf der Grundlage des Freihandelsparadigmas verhandelt werden.

2. Entwicklungshilfeversprechen einhalten

Wann ist ein Versprechen kein Versprechen? Wenn es die G8 abgeben, so scheint es. In 2005, beim Gipfel in Gleneagles, versprachen die G7 (G8 ohne Russland) unter beispiellosem weltweitem Druck, die internationale Entwicklungshilfe bis 2010 um 50 Mrd. US-Dollar zu erhöhen. Im vergangenen Jahr prognostizierte Oxfam, dass, auf Grundlage der aktuellen Trends, dieses Ziel um etwa 30 Mrd. US-Dollar verfehlt werden würde. Eine in diesem Jahr durchgeführte umfassende Studie der OECD hat diese Schätzung bestätigt.⁸ Einer Oxfam-Modellrechnung zufolge könnten mit diesem Betrag – richtig eingesetzt – 5 Millionen Menschenleben gerettet werden.⁹

Abbildung 3: Entwicklungshilfe im Jahr 2010 – Vergleich zwischen Zusage und Trend



Quelle: OECD DAC 2008

1970 sagten die reichen Länder zu, 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens als Entwicklungshilfe einzusetzen. 38 Jahre später liegt diese Quote bei nur 0,28 %. Sie ist damit um fast die Hälfte niedriger im Vergleich zu 1962, als bereits 0,5 % des BNE für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung standen.¹⁰ Ist es nicht befremdlich, dass die reichen Länder

⁸ OECD/DAC 2008: Scaling Up: Aid Fragmentation, Aid Allocation and Aid Predictability, Mai. Die OECD-Studie nimmt an, dass Schuldenerlasse und die humanitäre Hilfe im Jahr 2010 auf dem Niveau des langjährigen Durchschnitts liegen.

⁹ Die Modellrechnung beruht auf Zahlen der WHO und von UNAIDS. Siehe dazu Oxfam International 2007: Die Welt kann nicht warten, unter: http://www.oxfam.de/download/welt_kann_nicht_warten.pdf

¹⁰ Siehe dazu Oxfam International 2004: Paying the Price, unter: www.oecd.org/document/8/0,3343,en_2649_34447_40381960_1_1_1_1,00.html, sowie die ODA-Zahlen 2007 des OECD/ DAC, unter: www.oecd.org/document/8/0,3343,en_2649_34447_40381960_1_1_1_1,00.html

offensichtlich kein Problem hatten, in den letzten Monaten über 1.000 Mrd. Dollar aufzubringen, um ihren Banken aus der Immobilienkrise zu helfen, sie es jedoch nicht schaffen, die 50 Mrd. US-Dollar mehr Entwicklungshilfe zu finden, die sie 2005 versprochen haben?¹¹

Auch wenn Entwicklung nicht allein vom Geld abhängt, so sind doch weitere Finanzleistungen der reichen Länder eine notwendige Bedingung für das Erreichen der MDGs. Entwicklungshilfe ist nicht nur ein Gebot der Moral, sondern auch der politischen Vernunft. Nicht in nachhaltige Entwicklung zu investieren, hätte nicht nur nachteilige Folgen für die Entwicklungsländer, sondern für die ganze Welt. Die weltweite Armut gefährdet Wohlstand und Sicherheit aller Menschen. Umweltkrisen und Naturkatastrophen, Krankheiten und Drogenhandel kennen keine nationalen Grenzen. Kriminelle und terroristische Netzwerke finden vor allem in schwachen Staaten vorteilhafte operative Möglichkeiten.

In den letzten beiden Jahren erschien die Entwicklungshilfe höher als sie faktisch war, weil die einmaligen Entschuldungen des Irak und Nigerias eingerechnet worden waren. Mit dem jetzigen Auslaufen dieser Aktionen werden die Leistungen auf ihr reales Niveau zurückfallen, was die Regierungen der Geberländer in erhöhten Erklärungs- und Handlungsdruck bringt.

Japan befindet sich als Gastgeber des diesjährigen G8-Gipfels in einer besonders schwierigen Lage. Die japanische Entwicklungshilfe ist seit dem Jahr 2000 laufend gesunken; 2007 wies sie einen Rückgang um 30,1 % gegenüber dem Vorjahr auf. Es sieht fast so aus, als würde sich Japan von der Welt abwenden und hätte kein Interesse mehr, eine wichtige globale Rolle zu spielen. So wurde Japan als vormals bedeutendster ostasiatischer Partner der meisten afrikanischen Länder inzwischen von China verdrängt. Japan sollte daher die G8-Präsidentschaft nutzen, um sich auf einen Zeitplan zur Erreichung der 0,7 % bis 2015 festzulegen. Japan stellt noch immer die zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde dar, mehr als zweimal so groß wie die Chinas, des Vereinigten Königreichs oder Frankreichs. Aktuell beläuft sich die Entwicklungshilfe auf 0,17 % des Bruttonationaleinkommens (BNE). 0,7 % des BNE würden 24 Mrd. US-Dollar mehr an Hilfe bedeuten.¹² Mit diesem zusätzlichen Betrag könnte schon Japan allein sicherstellen, dass niemand auf der Welt mehr mangels notwendiger Medikamente an HIV/Aids sterben müsste.¹³ Das wäre ein Beispiel, das die Welt aufhorchen ließe. Stattdessen investiert Japan trotz pazifistischer Verfassung fünfmal mehr Geld in Rüstungsausgaben als in Entwicklungshilfe.

¹¹ Die US-Zentralbank hat seit Dezember 2007 rund 510 Mrd. US-Dollar für die Unterstützung der von der Finanzkrise betroffenen Banken bereitgestellt (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/7410874.stm>). Die Europäische Zentralbank stellte im Dezember 2007 rund 500 Mrd. US-Dollar zur Verfügung (www.telegraph.co.uk/money/main.jhtml?xml=/money/2007/12/19/ccom119.xml).

¹² Die japanische ODA lag im Jahr 2007 bei 7,69 Mrd. US-Dollar, was 0,17% des Bruttonationaleinkommens (BNE) entsprach. Um das ODA-Ziel von 0,7% des BNE zu erreichen, hätte Japan im vergangenen Jahr 31,66 Mrd. US-Dollar für Entwicklungshilfe aufbringen müssen.

¹³ Um den Zugang für alle Betroffenen zu Prävention und Behandlung von HIV/Aids sowie zu Pflege bis 2010 zu ermöglichen, werden nach Schätzungen von UNAIDS rund 17 Mrd. US-Dollar benötigt. Siehe dazu: Globaler Fonds zu Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose and Malaria 2007: Resource needs for the Global Fund 2008-2010.

Aber auch andere Geberländer müssen viel tun, um das Vertrauen in ihre Versprechen wieder herzustellen. In Frankreich verschob Präsident Sarkozy im letzten Jahr still und heimlich den Zeitpunkt für das Erreichen des 0,7%-Ziels von 2010 auf 2015. Nach Oxfams Schätzungen bedeutet dies, dass bis 2015 ca. 17 Mrd. US-Dollar weniger Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen. Die französischen Ausgaben für Entwicklungshilfe sanken von 2006 auf 2007 um 15,9 % auf einen BNE-Anteil von 0,39% (0,47% in 2006). Auch wenn es kräftig zugelegt hat, liegt Italien noch weit abseits vom Ziel, wenn man die entschuldungsbedingten Überhöhungen der Entwicklungshilfestatistik herausrechnet. Im Vereinigten Königreich sanken die Ausgaben in 2007 massiv um fast 30 %. In der Reihe der Geber rutschte es hinsichtlich der Gesamthöhe der Leistungen vom 2. (2006) auf den 4. Platz und hinsichtlich des Anteils am BNE vom 7. auf den 14. Platz (0,36 % in 2007). Zugleich ist das Vereinigte Königreich immerhin das einzige Land, das einen Zeitplan zur Erreichung des 0,7 %-Ziels bis 2010/11 festgelegt hat. Kanada ignoriert konsequent alle Forderungen, einen entsprechenden Zeitplan aufzustellen. Inzwischen wurde es als Geberland von Spanien und den Niederlanden weit überholt. Mit 0,16 % Anteil am BNE liegen die USA erneut am Ende der Skala der Geberländer, auch wenn sie in absoluten Zahlen das meiste Geld für Entwicklungshilfe aufbringen. Ob sich unter dem neuen Präsidenten daran etwas ändern wird, bleibt abzuwarten.

Deutschland ist das einzige der G7-Länder, das in 2007 seinen Entwicklungsetat angehoben hat, und zwar um 5,9 %; entschuldungsbereinigt im Vergleich zu 2006 sogar um 9,8 %. Vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm hatte Bundeskanzlerin Merkel für die Jahre 2008–2011 eine Erhöhung um jeweils 750 Mio. Euro angekündigt. Diese wurde im Bundeshaushalt 2008 auch realisiert. Dennoch ist Deutschland damit noch weit von der Erfüllung der gemachten Zusagen entfernt. Zudem erscheint eine Fortschreibung auch im Haushalt 2009 noch nicht gesichert.

Keine weiteren Ausreden

Die dunklen Wolken, die aktuell über der Weltwirtschaft hängen, werden von vielen reichen Ländern als die neueste Variante der Ausreden benutzt, warum sie die Entwicklungshilfe nicht erhöhen. Warum ist dies nur eine Ausrede? Erstens stellen die Summen, um die es letztlich geht, marginale Beträge in Relation zum Einkommen der reichen Länder dar; 0,7 % des BNE sind für die wirtschaftliche Zukunft Frankreichs oder der USA schlicht nicht entscheidend. Zweitens sind einige reiche Länder in der Lage, ihre Hilfe zu steigern (z.B. Spanien um 33 % in 2007) bzw. geben bereits seit vielen Jahren 0,7 % und mehr (z.B. die Niederlande).

Politiker verweisen oft darauf, dass Entwicklungshilfe in der Wählerschaft nicht populär sei. Meinungsumfragen zeigen jedoch, dass Entwicklungspolitik in der Regel eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung findet. Es gibt allerdings auch kritische Einstellungen, die oft auf Informationen über gescheiterte Projekte, Korruption und zum Teil auch auf falschen Wahrnehmungen beruhen. So halten viele Menschen z.B. die Höhe der staatlichen Entwicklungshilfeausgaben für höher als sie tatsächlich ist (s. Kasten 2). Hier tut Aufklärung not.

Kasten 3: Öffentliche Unterstützung für Entwicklungshilfe

Meinungsumfragen von Oxfam, ActionAid, DATA und anderen in Japan, Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich ergeben übereinstimmend, dass die Befragten die jeweiligen nationalen Entwicklungsbudgets für wesentlich höher halten, als sie wirklich sind, und dass sie Forderungen an die Regierungen, ihre Hilfeversprechen einzuhalten, nachdrücklich unterstützen.

In Japan meinten 84 % der Befragten, dass ihr Land sein Versprechen vom Gleneagles-Gipfel in 2005 halten sollte, die Entwicklungshilfe um 10 Mrd. US-Dollar zu erhöhen;¹⁴

In Deutschland dachten 50 % der Befragten, die Regierung gebe doppelt so viel wie tatsächlich der Fall für Entwicklungshilfe aus; 71 % hielten es für wichtig oder sehr wichtig, dass Deutschland sein Versprechen hält, die Hilfe zu erhöhen.¹⁵

In Frankreich hielten 76% der Befragten die Armut für eines der größten Probleme auf der Welt.¹⁶

Im Vereinigten Königreich dachten die Befragten dass das Entwicklungsbudget doppelt so hoch sei, wie der Verteidigungshaushalt. Tatsächlich gibt die britische Regierung aber sechsmal mehr für militärische Zwecke aus als für Entwicklungshilfe. 57 % der Befragten unterstützen oder unterstützen nachdrücklich die versprochenen Steigerungen der Entwicklungshilfe.¹⁷

Wir erwarten vom diesjährigen G8-Gipfel in Japan ein klares Bekenntnis zu früheren Zusagen, die finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit aufzustocken. Als Gastgeberin des Gipfels sollte die japanische Regierung dies zu einem Kern ihrer G8-Agenda machen und auf einen klaren Zeitplan für die Umsetzung der Versprechen von Gleneagles drängen. Auch die Qualität der Hilfe gilt es zu verbessern. Beides ist geboten, um die Umsetzung der MDGs zu erreichen.

¹⁴ Ergebnis einer Umfrage im Rahmen der "Me Too"-Kampagne, in Auftrag gegeben von Oxfam Japan, Mai 2008.

¹⁵ Ergebnis einer von Oxfam Deutschland im März 2007 in Auftrag gegebenen Umfrage

¹⁶ Ergebnis einer 2007 von Oxfam in Frankreich in Auftrag gegebenen Umfrage.

¹⁷ Quelle: Umfrage von Action Aid, 2007.

Die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit verbessern

Jeder Euro muss so effizient wie möglich eingesetzt werden, um bei der Bekämpfung der Armut die größtmögliche Wirkung zu erzielen. Bedauerlicherweise ist dies nicht immer der Fall. Viele Empfängerländer haben es mit Hunderten von Gebern zu tun, die oft kleine Summen für schlechte und kurzfristige Projekte bereitstellen, die mehr den Interessen der Geber als der Empfänger nützen. Die Regierung von Mosambik musste 1.000 Bankkonten einrichten, um mit den verschiedenen Gebern zu kooperieren.¹⁸ Große Teile der Hilfe flossen in Form teurer Beratergehälter wieder an die Geberländer zurück. Für 3.500 technische Berater zahlten die Geber 350 Mio. US-Dollar im Jahr, während 100.000 mosambikanische Angehörige des Öffentlichen Dienstes mit insgesamt 74 Mio. US-Dollar entlohnt wurden.¹⁹

Die ODA-Mittel erscheinen in vielen Fällen auch deshalb höher als sie tatsächlich sind, weil sie auch Ausgaben für ausländische Studierende und Migrant/innen in den Geberländern enthalten. Zieht man diese Summen ab, vermindern sich die Finanztransfers in die Entwicklungsländer ganz erheblich.

Im Jahr 2005 trafen sich die Vertreter von über 100 Geber- und Entwicklungsländern in Paris und vereinbarten eine Reihe von Zielen, um die Wirksamkeit der Hilfe zu verbessern. Im September dieses Jahres werden sie in Ghana erneut zusammenkommen, um zu prüfen, was zwischenzeitlich erreicht wurde. Auch wenn die Ziele der Paris-Agenda nicht weitreichend genug sind, würde ihre Umsetzung doch viel bewirken können. Aber mit der Umsetzung hapert es: Meist gibt es nur begrenzte Fortschritte, in manchen Bereichen, z.B. in der Frage der Vorhersehbarkeit der Hilfe, scheinen sich die Bedingungen eher zu verschlechtern.²⁰

Wenn Hilfe wirken soll, müssen zwei spezifische Bedingungen erfüllt sein: Erstens muss sie den Empfänger-Regierungen für Programme gewährt werden, die sie selbst entwickelt haben. Zweitens muss die Hilfe langfristig zugesagt werden, eher für mehrere Jahre als Monate, und die Geberländer müssen sich an ihre Zusagen halten. Nur wenn Regierungen langfristig planen und disponieren können, können sie z.B. Löhne und Gehälter für das erforderliche Fachpersonal im Gesundheitsbereich, für Lehrer/innen und landwirtschaftliche Beratung bezahlen und auch erhöhen oder auch die Kosten für die Verteilung kostenloser Arzneimittel sowie freie Gesundheitsfürsorge für die Ärmsten übernehmen. Nach Berechnungen von Oxfam werden aber nur 8 Cent von jedem US-Dollar an Hilfe in dieser Weise vergeben.²¹

Dass solche Vergabemodalitäten gute Dividenden bringen, hat sich bereits im Fall von Entschuldungen erwiesen. Wo Regierungen Geld aus Schuldenerlassen in Programme der Armutsbekämpfung investiert haben, konnten zusätzliche Ärzte, Krankenschwestern und

¹⁸ Eurodad 2007: Linking Budget Analysis with Aid Advocacy: How Civil Society Groups Can Monitor Donor Budget Support, September.

¹⁹ Oxfam International 2007: Geld für Gehälter, S. 25, unter: www.oxfam.de/download/geld_fuer_gehaelter.pdf

²⁰ OECD 2008: Survey on Monitoring the Paris Declaration. Erster Entwurf.

²¹ Oxfam International 2007: Geld für Gehälter.

-pfleger sowie Lehrer eingestellt werden. Entsprechende Verbesserungen sind für Benin, Burkina Faso, Madagaskar, Malawi, Mosambik, Sambia, Uganda und Tansania dokumentiert. Auch in Nigeria werden Tausende neuer Lehrer ausgebildet.

Die Hilfe in dieser Form darf nicht an unbillige wirtschaftspolitische Bedingungen geknüpft sein, wie Marktöffnung oder Privatisierung. Die Geber haben einen legitimen Anspruch darauf, dass die Gelder transparent und verantwortlich verwendet werden und dem Zweck der Armutsbekämpfung dienen. Darüber haben die Empfängerregierungen ihrer Bevölkerung und den Gebern gegenüber Rechenschaft abzulegen. An der Erarbeitung von nationalen Entwicklungsplänen sind zivilgesellschaftliche Akteure zu beteiligen.

Aufgrund druckvoller Kampagnenarbeit haben makroökonomische Konditionalitäten in den letzten Jahren zwar an Bedeutung verloren, aber zentrale entwicklungspolitische Akteure wie die Weltbank und der IWF sind ihnen noch immer verhaftet. Damit schränken Konditionalitäten die Wirksamkeit von Hilfe immer noch erheblich ein. Die Entschuldung von Burundi z.B. wurde vor einiger Zeit um ein weiteres Jahr verschoben, weil es einen Teil der Kaffeeindustrie noch nicht privatisiert hatte – wie von Weltbank und IWF verlangt.

Die Vergabe von Geldern in Form von Budgethilfe ist nicht für jedes Land und jede Situation geeignet. In fragilen Staaten oder in Staaten mit korrupten Regierungen sollten die Mittel über andere Kanäle gelenkt werden, z.B. über die Vereinten Nationen oder Nichtregierungsorganisationen. Aber zweifellos könnte und sollte weit mehr längerfristige Budgethilfe gewährt werden.

Oft wird die schlechte Qualität der Hilfe als Grund genannt, die Quantität der Hilfe nicht zu erhöhen. Dies kann nicht hingenommen werden. Es ist durchaus möglich, die Hilfe radikal zum Besseren zu wenden und gleichzeitig die Mittel zu steigern. Beides ist möglich und notwendig. Multilateralen Verpflichtungen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Mehr Geld kann unmittelbar durch effektive multilaterale Strukturen wie z.B. den Globalen Fonds, die EU oder die VN abfließen. Sie alle verfügen über Möglichkeiten, schnell in größeren Dimensionen tätig zu werden.

Schuldenerlasse für alle Länder, die sie brauchen

2008 jährt sich zum 10. Mal der G7-Gipfel von Birmingham, der Stadt der ersten Erlassjahr-Proteste, als 70.000 Demonstranten eine Menschenkette um den Tagungsort des Gipfels bildeten. Schulden zu erlassen ist wohl das Beste, was die G8 je für arme Länder getan haben. Sie haben damit der weltweiten Schuldenerlassbewegung eine adäquate Antwort gegeben. 23 Ländern wurde inzwischen der größte Teil ihrer Schulden gestrichen. Dies hat zu einer Verdoppelung der Sozialausgaben in vielen dieser Länder geführt.

Schuldenerlasse helfen Armut zu überwinden. Dennoch hat sich der Prozess, Schuldenerlasse zu gewähren, leider verlangsamt. Ungerechtfertigte Konditionen sind immer noch

Teil des Problems. Die Zahl der sog. Geierfonds, die über den armen Ländern kreisen und darauf aus sind, die volle Begleichung der Schulden einzuklagen, wächst.²²

Viele hoch verschuldete arme Länder werden allerdings für Entschuldungen nicht einmal in Betracht gezogen. So zahlt z.B. Bangladesh, wo der Anstieg der Nahrungsmittelpreise zu Unruhen geführt hat und 80 Millionen Menschen Gefahr laufen, aufgrund des Klimawandels zu Flüchtlingen zu werden, immer noch jeden Tag durchschnittlich 2 Mio. US-Dollar an Schuldendienst.²³ Die *Jubilee*-Entschuldungskampagne geht in der kürzlich veröffentlichten Studie *Unfinished Business*²⁴ davon aus, dass weitere Erlasse in der Größenordnung von 400 Mrd. US-Dollar nötig wären, damit die hochverschuldeten armen Länder ihre Grundbedürfnisse befriedigen können. 88 Mrd. US-Dollar wurden bisher erlassen. Im Übrigen handelt es sich bei Schulden in Milliardenhöhe auch um illegitime Schulden, die aus Krediten an korrupte und repressive Regimes stammen, welche für nutzlose Projekte zu unfairen Bedingungen vergeben wurden. Die reichen Länder müssen ihre Außenstände prüfen und diejenigen Schulden erlassen, die auf solche unverantwortlichen Kreditvergaben zurückzuführen sind.

²² Geierfonds kaufen die Schulden armer Länder auf dem sog. Zweitmarkt auf und klagen die Schulden anschließend in voller Höhe von diesen Ländern ein. Weitere Informationen unter: www.erlassjahr.de

²³ Im Jahr 2005 leistete Bangladesch einen Schuldendienst von insgesamt 754 Mio. US-Dollar, siehe dazu Jubilee Debt Campaign 2008: *Unfinished business: ten years of dropping the debt*. S.38, unter: www.jubileedebtcampaign.org.uk/unfinished

²⁴Ebd., S.44.

3. Soziale Grunddienstleistungen unterstützen

*„Der Mangel an Krankenschwestern und Hebammen ist wirklich Besorgnis erregend. Man muss immer weiterarbeiten, auch wenn man bereits unglaublich müde ist. Ich arbeite beispielsweise von 4 Uhr nachmittags bis morgens um halb 8 – das sind 16 Stunden. Auf unserer Kinderstation betreuen wir mit fünf Krankenschwestern 200-300 Kinder. Und wenn wir nicht genug Pflegekräfte haben, übernehmen wir zusätzlich die Tagesschicht. Wir arbeiten ständig – was sollen wir sonst tun?“
(Eine Hebamme in einem Krankenhaus in Lilongwe, Malawi)*

Die Verbesserung von Gesundheitsfürsorge, Grundbildung, Trinkwasserversorgung und Hygienemaßnahmen spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die weltweite Armut. Wenn diese öffentlichen Grunddienstleistungen in armen Ländern kostenlos bereitgestellt und vor allem auch den ärmsten Teilen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, können massive Fortschritte beim Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele erzielt werden. Dafür muss jedoch auch eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung des öffentlichen Sektors in armen Ländern gesichert sein. Hier sind die Regierungen armer Länder ebenso gefragt wie die Geberländer. Diese müssen ihre Versprechen zur Erhöhung der Entwicklungshilfe in vollem Umfang einlösen. Zudem sollten die Hilfsleistungen vor allem der Unterstützung nationaler, von den Regierungen armer Länder unter Beteiligung der Zivilgesellschaft entwickelter Strategien zur Stärkung öffentlicher Grunddienstleistungen dienen und weniger in eine Vielzahl verschiedener, oftmals nur minimal aufeinander abgestimmter Projekte fließen.

Eine Übersicht über die aktuelle Situation hinsichtlich der Finanzierung sozialer Grunddienste gibt die nachstehende Tabelle:

Tabelle 1: Weltweite jährliche Entwicklungshilfe für soziale Grunddienstleistungen (in Milliarden US-Dollar)

	Derzeitiger Betrag	Erforderlicher Betrag	Fehlbetrag
Gesundheitsfürsorge, inklusive HIV/Aids	14 ²⁵	50 ²⁶	36
Bildung ²⁷	3	16	13
Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen ²⁸	4	10	6
Insgesamt	21	76	55

Quelle: Oxfam 2008.

²⁵ Weltbank 2007: Healthy Development. The World Bank Strategy for Health, Nutrition, & Population Results, Washington DC.

²⁶ Weltbank 2006: Health Financing Revisited. Der Betrag von 50 Mrd. US-Dollar ist der Mittelwert aus einer Reihe verschiedener Schätzungen zum erforderlichen Finanzbedarf. Der Globale Fonds geht davon aus, dass allein für die Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria rund 23 Mrd. US-Dollar bis 2010 aufgebracht werden müssen. Siehe Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria 2007: Resource needs for the Global Fund 2008–2010, S.12.

²⁷ Zahlen aus UNESCO 2008: Global Monitoring Report. Paris.

²⁸ Zahlen von WaterAid und aus Human Development Report 2006.

Die Verbesserung der Gesundheitssysteme

Die Entwicklungshilfe für den Gesundheitsbereich ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: Von 2000 bis 2006 wuchsen die Hilfsleistungen von 6 Milliarden US-Dollar auf 14 Milliarden US-Dollar jährlich.²⁹ Ein Großteil des zusätzlichen Geldes floss in den unter der letzten japanischen Präsidentschaft im Jahr 2000 auf dem G8-Gipfel in Okinawa gegründeten Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria. Dieser Fonds ist eine riesige Erfolgsgeschichte: Seit seiner Gründung stellte er 10,6 Milliarden US-Dollar für Programme in 136 Ländern zur Verfügung. Mit diesem Geld wurde mehr als einer Million Menschen eine HIV/Aids-Behandlung ermöglicht, 30 Millionen Netze zum Schutz gegen Malaria wurden verteilt und zwei Millionen Menschen zusätzlich erhielten eine Behandlung gegen Tuberkulose.³⁰

Dennoch bleibt im Gesundheitssektor viel zu tun: Der Bereich leidet unter einer ausufernden Zahl von mehr als 100 internationalen Akteuren, die sich wenig untereinander abstimmen.³¹ Gleichzeitig fehlen die Mittel für die zentralen Bausteine eines starken öffentlichen Gesundheitssystems, vor allem für die ca. 4,25 Millionen Gesundheitsfachkräfte, die in armen Ländern benötigt werden, um eine grundlegende Gesundheitsfürsorge für alle bereitstellen zu können. Ganz im Gegenteil: Die weltweiten Hilfsleistungen für Basisgesundheitsfürsorge sind zuletzt um 50% gefallen. Zudem fordern die Weltbank und andere entwicklungspolitische Akteure zunehmend die Privatisierung von Gesundheitsdienstleistungen, ohne dass ausreichende Hinweise vorliegen, dass dies den Zugang zur Gesundheitsfürsorge in armen Ländern, insbesondere für die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen, tatsächlich verbessert.³²

Die japanische G8-Präsidentschaft sollte sich vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, das Problem unzureichender Gesundheitssysteme in armen Ländern im G8-Rahmen entschieden anzugehen. Die Grundlage dafür bietet die sog. International Health Partnership (IHP). Erklärtes Ziel der Initiative ist eine stärkere Konzentration der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf den Ausbau öffentlicher Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern. Zudem wird eine stärkere Koordinierung der einzelnen Geberinitiativen im Bereich Gesundheit angestrebt. Die IHP muss allerdings nun mit Inhalt gefüllt und weiter verbessert werden, beispielsweise indem sie zu einer gemeinsamen G8-Initiative aufgewertet wird. Um eine kostenlose Gesundheitsfürsorge für alle bereitzustellen und die fehlenden Ärztinnen, Ärzte und Krankenpflegekräfte einstellen zu können, muss eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung der in den armen Ländern entwickelten Strategien zur Stärkung des nationalen Gesundheitswesens gewährleistet sein. Die G8 sollten diese Pläne mit längerfristig angelegter und somit für die Entwicklungsländer besser einplanbarer Budgethilfe unterstützen. Die Regierungen armer Länder sollten sich auf die Entwicklung eines umfassenden Plans für den Gesundheitssektor konzentrieren, und die internationale Gebergemeinschaft, einschließlich globaler Initiativen wie des Globalen Fonds, sollte sich vor allem auf die Finanzierung dieser Pläne konzentrieren. Das derzeit zersplitterte System der Hilfsleistungen für den Gesundheitssektor würde damit entschieden vereinfacht und leistungsstärker gemacht.

²⁹ Weltbank 2007: Healthy Development. The World Bank Strategy for Health, Nutrition, & Population Results,

³⁰ www.theglobalfund.org/en

³¹ Weltbank 2007, siehe oben.

³² Weitere Informationen in Oxfam International 2006: In the Public Interest.

Bildung für alle

In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Zugang zu Grundschulbildung deutlich verbessert. Die Zahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen können, ist von 100 Millionen auf 72 Millionen gefallen, in Afrika konnten 11 Millionen mehr Kinder eine Schule besuchen.

Die Millennium-Entwicklungsziele im Bereich Bildung zielen darauf ab, dass jedes Kind eine abgeschlossene Grundschulbildung erhält und Mädchen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung erhalten. Vor allem Länder, die nun eine kostenlose Grundbildung bereitstellen, haben gute Chancen, diese Ziele zu erreichen. Beispielsweise ermöglicht Burundi seit dem Jahr 2005 eine kostenlose Grundschulbildung, sodass eine halbe Million Kinder mehr in die Schule gehen können. Obwohl noch immer viel getan werden muss, um die MDGs im Bereich Bildung zu erreichen, ist der bisherige Fortschritt insgesamt beeindruckend.

Zukünftige Zielsetzungen müssen jedoch breiter gefasst sein und entscheidende Faktoren wie die Qualität der Grundbildung mit einbeziehen. In Malawi, zum Beispiel, erreicht nur eines von zehn Kindern nach der 6. Klasse ein minimales Leseniveau. Um diese qualitativen Mängel zu beheben, sind die Einstellung zusätzlicher, ausreichend qualifizierter Lehrerinnen und Lehrer und die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in kleinere Klassen unabdingbar. Das Lehrpersonal muss zudem ein den Lebensunterhalt sicherndes Gehalt bekommen. Vor allem Lehrerinnen werden dringend gebraucht, da sie ein Schlüsselfaktor sind, um den Zugang von Mädchen zu Schulbildung zu gewährleisten, ihnen den Abschluss zu ermöglichen und für ihre Sicherheit in der Schule zu sorgen. In Bangladesch hat die Verdoppelung des weiblichen Lehrpersonals zumindest teilweise dazu beigetragen, die Anzahl der Mädchen, die nicht zur Schule gehen können, auf nur noch 60.000 zu reduzieren. Allerdings tragen die noch immer und sich zum Teil sogar verschärfenden ungleichen Möglichkeiten von Jungen und Mädchen, eine Sekundärbildung zu erhalten, dazu bei, dass in armen Ländern oftmals nur wenige ausgebildete Lehrerinnen zur Verfügung stehen.

Um allen Kindern eine Grundbildung zu ermöglichen, werden nach Angaben der Globalen Bildungskampagne weltweit bis zum Jahr 2015 jährlich 2 Millionen Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich benötigt. Dabei muss vor allem auf die Einstellung einer höheren Zahl gut ausgebildeter Lehrerinnen geachtet werden. Wie im Fall der Gesundheitsfachkräfte kann Entwicklungshilfe hier eine entscheidende Rolle spielen – wenn sie in den nationalen Haushalt armer Länder fließt und über einen längeren Zeitraum zugesagt wird. Der entscheidende diesbezügliche globale Mechanismus für die Bildungsfinanzierung ist die Fast Track Initiative „Bildung für alle“ (EFA-FTI). Die FTI bewilligt finanzielle Unterstützung für solche Länder, die eine ausgereifte Strategie zur Stärkung des nationalen Bildungswesens vorweisen können. Sie hat seit ihrer Gründung im Jahr 2000 entscheidend dazu beigetragen, den Zugang zu Grundbildung in armen Ländern zu verbessern. Vor allem die G8 müssen nun schnellstmöglich die derzeitige Finanzierungslücke des FTI im Umfang von 600 bis 700 Mio. US-Dollar schließen und die Anzahl armer Länder, die von der EFA-FTI profitieren, bis Ende 2008 auf 60 verdoppeln.

Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen

Da die Vereinten Nationen das Jahr 2008 zum Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung ausgerufen haben, könnten Hygienemaßnahmen im diesjährigen G8-Prozess, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, eine größere Rolle spielen. 2,6 Milliarden Menschen auf der Welt steht keine Toilette zur Verfügung; an den daraus resultierenden Durchfallerkrankungen sterben täglich etwa 5.000 Kinder. In Afrika gehen schätzungsweise 5% des Bruttoinlandsprodukts aufgrund von Krankheiten und Todesfällen, die durch verunreinigtes Wasser und fehlende Sanitäranlagen verursacht werden, verloren.³³

Der derzeitige Zustand ist ein entscheidendes Entwicklungshemmnis. Wenn das Millennium-Entwicklungsziel, den Anteil der Menschen, die ohne sanitäre Grundversorgung auskommen müssen, zu halbieren, nicht erreicht wird, kostet dies laut Schätzungen der Vereinten Nationen 35 Mrd. US-Dollar jährlich. Zum Vergleich: Der Betrag, der zum Erreichen dieses MDG benötigt wird, liegt bei lediglich 10 Mrd. Dollar jährlich. Doch bislang wird viel zu wenig für die Umsetzung dieses Millennium-Entwicklungsziels getan: Legt man den derzeitigen Trend zugrunde, wird es in Afrika südlich der Sahara erst im Jahr 2076 erreicht.

Der Mangel an sanitären Einrichtungen hat vor allem für Frauen und Mädchen einschneidende Konsequenzen. Denn es sind vor allem Frauen und Mädchen, die täglich Stunden mit dem Wasserholen verbringen, und Mädchen gehen deshalb oftmals nicht zur Schule. Zudem müssen sich viele arme Frauen um die Versorgung ihrer von Durchfallerkrankungen betroffenen Kinder kümmern.

Die Geberländer müssen dringend mehr für die Bereiche Wasser und sanitäre Grundversorgung tun. Denn Handeln lohnt sich: Beispielsweise haben verstärkte Investitionen in Hygienemaßnahmen in Bangladesch dazu geführt, dass sich die Anzahl der Menschen mit Zugang zu sanitärer Grundversorgung seit 1990 verdoppelt hat – ein Beitrag zur Halbierung der Kindersterblichkeit in diesem Zeitraum.³⁴

Richtigerweise hat die japanische G8-Präsidentschaft die Bereiche Wasser und sanitäre Grundversorgung auf ihre Agenda gesetzt. Die Initiative muss nun mit Inhalt gefüllt werden. Zu diesem Zweck sollte eine hochrangige Arbeitsgruppe eingesetzt sowie ein System zur jährlichen Überprüfung der Situation geschaffen werden. Die G8-Staaten sollten zudem die Verpflichtung eingehen, dass Erfolg versprechende nationale Pläne zur Verbesserung der Wasser- und sanitären Grundversorgung eine ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten.

Denn jeder Dollar, der in Hygienemaßnahmen fließt, erbringt den neunfachen Ertrag, da er zu einem verbesserten Gesundheitszustand, erhöhter wirtschaftlicher Produktivität und der Möglichkeit, eine Schule zu besuchen, beiträgt.³⁵

³³ www.endwaterpoverty.org/the_issue/

³⁴ UNDP 2006: Human Development Report 2006, New York, S.123.

³⁵ www.endwaterpoverty.org/the_issue/

4. Klimawandel begrenzen, Anpassung finanzieren

Der Klimawandel trifft vor allem die in Armut lebenden Menschen. Dürren, Stürme oder Flutkatastrophen verursachen millionenfaches Leid – und machen die mühsam erreichten Fortschritte in der weltweiten Armutsbekämpfung zunichte. Die Millennium-Entwicklungsziele rücken so in weite Ferne.

- Über 250 Millionen Menschen in Afrika werden infolge des Klimawandels zukünftig mit extremem Wassermangel zu kämpfen haben. In Asien führt die Gletscherschmelze in der Himalaya-Region zunächst zu häufigeren Überschwemmungen, langfristig aber geht den großen Flüssen und Megadeltas das Wasser aus – eine Milliarde Menschen werden davon betroffen sein.
- Ernteerträge der vor allem auf Regenfälle angewiesenen Landwirtschaft in den Ländern Afrikas südlich der Sahara werden bis 2020 um bis zu 50 % zurückgehen – mit dramatischen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit der Menschen. Hungerkrisen und chronische Unterernährung für Millionen Menschen sind die Folge.
- Häufig wiederkehrende Überschwemmungen und gleichzeitig höhere Temperaturen führen in Asien zur Ausweitung von Infektionskrankheiten und Cholera-Epidemien. Vor allem in Afrika wird sich Malaria auch in bislang malariafreie Regionen ausbreiten – Millionen zusätzliche Tote könnten die Folge sein.

Es ist höchste Zeit, dem Klimawandel entschieden entgegenzutreten. Ganz zu verhindern ist er nicht mehr, denn dazu ist er bereits zu weit fortgeschritten. Daher wird auch die Anpassung an seine Folgen immer wichtiger. Wenn dies nicht gelingt, werden die Millennium-Entwicklungsziele unerreichbar. Gleichzeitig müssen die reichen Länder nicht nur selbst ihre Treibhausgas-Emissionen massiv absenken, sondern auch den Entwicklungsländern mit Technologie und finanziellen Mitteln für den Klimaschutz unter die Arme greifen.

Globale Erwärmung unter 2 Grad halten

Der Klimawandel ist vor allem eine Folge der zerstörerischen Produktions- und Konsummuster der westlichen Industriegesellschaften und bedroht Leben und Überleben der in Armut lebenden Menschen in den Entwicklungsländern. Damit wird zugleich millionenfach das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf ein Leben in Sicherheit, auf Nahrung, Gesundheit und eine intakte Umwelt verletzt.

Dabei ist längst bekannt, was zu tun ist: Die globale Erwärmung muss auf durchschnittlich weniger als 2°C über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden, um wenigstens die schlimmsten Szenarien des Klimawandels nicht Realität werden zu lassen. In der ersten Runde des Kyoto-Protokolls verpflichteten sich die Industriestaaten, ihre Emissionen durchschnittlich um etwa 5 % bis 2012, verglichen mit dem Niveau von 1990, abzusenken. Viele Länder werden allerdings nicht einmal dieses erste, magere Ziel schaffen. Trotz

bemerkenswerter Fortschritte zum Beispiel in einigen Ländern der EU nehmen die Emissionen der Industrieländer insgesamt zu – als gäbe es das Problem des Klimawandels nicht. Das Versäumnis insbesondere der G8-Länder, die mehr als alle anderen über die erforderliche Wirtschaftskraft verfügen, den notwendigen Wandel einzuleiten, bedroht nicht nur deren Glaubwürdigkeit. Wir befinden uns auf dem Weg in eine Katastrophe globalen Ausmaßes, die weite Gebiete unseres Planeten irreversibel unbewohnbar machen und unsere Gesellschaften tiefgreifend verändern könnte. Zwar wird intensiv über die Zukunft des globalen Klimaschutzes verhandelt – aber statt sich auf konkrete und weitreichende Maßnahmen und ein globales Notprogramm zur Bewältigung der Krise zu einigen, schauen insbesondere die reichen Länder vor allem auf ihre kurzfristigen Interessen.

Wendepunkt 2015, Zwischenziel 2020, Zielmarke 2050

Seit der VN-Klimakonferenz auf Bali im Dezember 2007 verhandelt die internationale Staatengemeinschaft über die Fortführung des globalen Klimaschutzes. Das mögliche Ergebnis: ein neuer globaler Klimavertrag, der die schlimmsten Szenarien des Klimawandels verhindert. Das Abkommen muss das Wachstum der globalen Emissionen bis 2015 stoppen, ab dann müssen sie deutlich sinken. Gleichzeitig muss das Abkommen aber auch den Menschen in den armen Ländern ihr Recht auf Entwicklung sichern.

Das Ergebnisdokument des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm enthält den wichtigen Satz: „Bei der Festlegung eines globalen Zieles für Emissionsverringerungen im Rahmen des in Heiligendamm vereinbarten Prozesses unter Einbeziehung aller wesentlicher Emissionsländer werden wir die Entscheidungen der Europäischen Union, Kanadas und Japans, die mindestens eine Halbierung der globalen Emissionen bis 2050 beinhalten, ernsthaft prüfen.“ Damals noch als Erfolg gefeiert, stehen die Chancen derzeit nicht gut, dass die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten aus der angekündigten Prüfung eine konkrete Verpflichtung machen werden. Hinzu kommt, dass eine Halbierung der Emissionen bis 2050 ohnehin nicht ausreichend ist. Die Wahrscheinlichkeit, dadurch die globale Erwärmung auf unter 2°C zu begrenzen und damit die Katastrophe in halbwegs zu bewältigenden Grenzen zu halten, berechnen die Wissenschaftler in ihren Klimamodellen mit nur etwa 50 %. Niemand würde wohl sein Kind in ein Flugzeug setzen, das mit ähnlicher Wahrscheinlichkeit abzustürzen droht.

Um dieses Risiko so weit wie möglich zu verringern, müssen die globalen Emissionen bis 2050 wenigstens um 80 % – verglichen mit 1990 – sinken. Selbst dann, so sagen die Klimamodelle voraus, beträgt die Wahrscheinlichkeit für ein Überschreiten der 2°C-Schwelle noch 30 %.

Ohnehin ist ein derart langfristiges Ziel wenig hilfreich, wenn es darum geht, konkretes Handeln seitens der gegenwärtigen Regierungen zu bewirken. Genau dies aber ist dringend erforderlich, um die globalen Emissionstrends bis 2015 erst anzuhalten und dann umzukehren. Für die G8-Länder bedeutet dies: Sie müssen ihre eigenen Emissionen bis zum Jahr 2020 um wenigstens 25 bis 40 % gegenüber 1990 absenken. Mit einem derartigen Schritt, der beispielsweise ein entscheidendes Signal für die Energiewirtschaft wäre, würden sie

nicht nur die nötige Abkehr von fossilen Energieträgern befördern und für die langfristigen Ziele die nötigen Investitionsanreize setzen. Sie würden außerdem den Entwicklungsländern ein wenig des dringend benötigten Spielraums geben, ihre Emissionen mittelfristig noch erhöhen zu können, um Entwicklung zu ermöglichen.

Immerhin hat sich die EU vorgenommen, die Emissionen bis 2020 zumindest um 20 % abzusenken. Sie hat sogar Reduzierungen um 30 % in Aussicht gestellt, sollten andere Industrienationen sich zu ähnlichen Anstrengungen bereit erklären. Ein positiver Schritt ist auch, dass Australien kürzlich nach langem Zögern das Kyoto-Protokoll ratifiziert hat. Andererseits weigern sich die USA nach wie vor, sich auf ein klares Reduktionsziel festzulegen, und auch die japanische Regierung möchte sich kein mittelfristiges Ziel aufbürden – das Land, das in diesem Jahr die G8-Präsidentschaft hält, übernimmt damit nicht die erhoffte Führungsrolle. Stattdessen befürworten die USA, Japan, Australien und auch Russland weit in der Ferne liegende und zudem nur freiwillige globale Ziele, wobei sie zudem betonen, dass daraus keine konkreten Verpflichtungen für einzelne Länder abzuleiten wären.

Ein zentrales Problem sind auch die Emissionen der großen Schwellenländer wie etwa China oder Indien. Die Pro-Kopf-Emissionen dieser Länder sind gering im Vergleich zu den Industrieländern, aber die hohen Gesamtemissionen machen es notwendig, dass auch sie ihren Ausstoß in den Griff bekommen. Einige der Schwellenländer, wie zum Beispiel Südkorea, weisen vergleichsweise geringe Armutsraten aus und sollten daher ähnliche Verpflichtungen eingehen wie die Industrieländer. Andere Schwellenländer sollten ebenfalls ihre Maßnahmen zum Klimaschutz deutlich verstärken. Dies darf aber gleichzeitig nicht dazu führen, dass damit den in Armut lebenden Menschen in diesen Ländern das Recht auf Entwicklung und auf ein Leben ohne Armut verweigert würde. Letztlich ist es die Aufgabe der Hauptverursacher des Klimawandels, nämlich der reichen Industrieländer, diesen Ländern durch massiven Transfer von Technologie und finanziellen Mitteln eine klimafreundliche Entwicklung zu ermöglichen. Oxfam ist der Ansicht, dass der Umfang solcher Unterstützung durch die Industrieländer bestimmt werden muss durch den jeweiligen Anteil an der Verursachung der Klimaveränderung (bemessen durch Pro-Kopf-Emissionen seit 1990) sowie die jeweilige wirtschaftliche Kraft (z.B. bemessen am Pro-Kopf-Einkommen).

Den armen Ländern Anpassung ermöglichen

Auch der ehrgeizigste Klimaschutz wird den Klimawandel nicht mehr ganz verhindern können – denn wir stecken bereits mittendrin und sind sowohl aufgrund der Zeit, die der Umbau unserer Wirtschaft benötigen wird, als auch wegen der langfristigen Folgen von CO₂-Emissionen auf die Atmosphäre bereits auf weiteren Wandel festgelegt. Dabei sind es vor allem die armen Länder, die am stärksten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Selbst wenn es gelingt, die globale Erwärmung auf unter 2°C zu begrenzen, sind die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen vor allem in Entwicklungsländern in Gefahr. Deren Rechte und Überleben zu sichern und ein Leben mit dem Klimawandel zu ermöglichen, erfordert große Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel, für die gewaltige Wissens-, Technologie- und Finanzressourcen benötigt werden.

Die Gerechtigkeit gebietet es, dass die reichen Nationen als Hauptverursacher des Klimawandels auch die Hauptlast der Anpassung in den Entwicklungsländern finanzieren. Oxfam schätzt, dass diese Kosten jährlich bei mindestens 50 Mrd. US-Dollar liegen werden. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen beziffert die Kosten sogar auf 86 Mrd. US-Dollar im Jahr 2015; und das Klimasekretariat der Vereinten Nationen geht von Kosten in Höhe von 28 bis 67 Mrd. US-Dollar im Jahr 2030 aus.³⁶

Würde man die reichen Länder dazu verpflichten, entsprechend objektiver Kriterien gemäß ihrer Verantwortung für das Verursachen des Klimawandels einerseits und ihrer wirtschaftlichen und technologischen Möglichkeiten andererseits die Kosten der Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern zu finanzieren, so hätten die USA, Europa, Japan, Kanada und Australien zusammen etwa 95 % der Kosten aufzubringen – das wäre gerecht. Etwa ein Drittel der Kosten kämen dabei auf Europa zu. ³⁷

Das Geld, das für die Anpassung an den Klimawandel in armen Ländern bereitgestellt wird, muss zusätzlich aufgebracht werden, d.h. es darf nicht auf die ODA-Quote der Industrieländer angerechnet werden und nicht dazu dienen, das Ziel von 0.7 % zu erreichen. Die Bewältigung des Klimawandels ist eine neue und zusätzliche Herausforderung. Die Finanzierung der Kosten für Anpassung und Erhöhung der Widerstandskraft betroffener Bevölkerungsgruppen ist dabei nicht ein Akt karitativer Hilfe, sondern ein Ausgleich für angerichteten Schaden. Deshalb dürfen die Gelder auch nicht als rückzahlbare Kredite vergeben werden, sondern müssen in Form direkter Förderung die kompletten Kosten der finanzierten Maßnahmen abdecken.

Es liegt nahe, einen Großteil der benötigten Summen dort aufzutreiben, wo der Schaden verursacht wird: durch Steuern und Abgaben bei den Verschmutzern, insbesondere auf fossile Energieträger. Eine weitere Möglichkeit wäre, Teile der Versteigerungserlöse des Emissionshandels für die Finanzierung der Anpassung zu reservieren. Beispielsweise könnten EU-weit auf diese Weise im Jahr 2020 bis zu 20 Mrd. Euro zusammenkommen. Die Einrichtung eigener Emissionshandelssysteme für den Flug- und Schiffsverkehr könnte, wenn sämtliche Zertifikate versteigert würden, weitere 20 Mrd. Euro erbringen – mit kaum nennenswert höheren Transportkosten. Die Diskussion darüber findet vor allem im Rahmen der VN-Klimaverhandlungen statt. Bislang zeigen sich viele Industrieländer allerdings kaum bereit, konstruktiv daran mitzuwirken. Genau dies aber erwarten wir von den G8.

Mit Sorge beobachtet Oxfam die Entwicklungen in der Frage, wo die Gelder für Anpassungsprogramme in Entwicklungsländern platziert werden sollen. Anstatt die chronisch unterfinanzierten bestehenden Fonds unter dem Dach der VN-Klima-Rahmenkonvention weiter aufzustocken, werden nun neue Klima-Fonds der Weltbank eingerichtet. Diese Climate Investment Funds (CIFs) sollen Klimaschutz und Anpassung vor allem durch

³⁶ Die genauen Kosten sind schwer zu bestimmen – Unterschiede in den angegebenen Zahlen hängen auch mit unterschiedlichen Ansätzen und Annahmen zusammen, sowohl bezüglich einzelner Posten als auch hinsichtlich der Frage, was eigentlich in die Berechnung als Anpassung mit aufzunehmen ist. Sicher aber ist: Die Kosten werden im Bereich einiger hoher zweistelliger Milliarden-Dollar-Beträge jährlich liegen.

³⁷ Die Berechnung geht auf den von Oxfam aufgestellten Anpassungsfinanzierungs-Index zurück, siehe dazu: Oxfam International 2007: *Adaptation to Climate Change: What's needed and who should pay?*, unter: www.oxfam.de/download/Adapting_to_climate_change.pdf

Kredite und Investitionsanreize für den privaten Sektor organisieren. Viele Entwicklungsländer betrachten dies als Gefahr für die laufenden Verhandlungen über die Zukunft des globalen Klimaschutzes, denn es entsteht der Eindruck, die beteiligten G8-Länder würden ihre finanziellen Mittel lieber außerhalb der Klima-Rahmenkonvention platzieren – und damit größere Kontrolle über die Gelder behalten.

Ursprünglich sollten die Entwicklungsländer nur wenig Mitspracherecht bei diesen Weltbank-Fonds bekommen. Nach heftigen Protesten hat aber die Weltbank die Vorschläge abgeändert und Empfängerländern deutlich mehr Einflussmöglichkeiten gegeben. Auch wenn dieser Schritt zu begrüßen ist und als Beispiel für Entscheidungs- und Kontrollmechanismen bei der Weltbank insgesamt dienen sollte, spricht nach wie vor viel dafür, die ohnehin dürftigen Ressourcen – bislang stellen die reichen Länder weniger als 1 % der benötigten Gelder für die Anpassung in den Entwicklungsländern zur Verfügung – nicht über mehrere Fonds weiter auszudünnen. Außerdem machen bürokratische und komplizierte Verfahren der Antragsstellung den Zugang zu den Geldern sehr schwer. Daher wäre es richtig, wenigstens die Gelder des Anpassungsprogramms der neuen Weltbank-Fonds zügig unter die Kontrolle des Anpassungsfonds der Vereinten Nationen zu bringen.

Die nötigen Summen zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern sind erheblich – mit ausreichend politischem Willen aber wären sie ohne Weiteres zu beschaffen. Der wichtige erste Schritt: Die G8-Länder müssen sich zu ihrer Verantwortung bekennen, ihren fairen Anteil an den Kosten zu übernehmen und dies im Rahmen der laufenden VN-Verhandlungen über die Zukunft des Klimaschutzes deutlich machen.

5. Entwicklungschancen von Frauen und Mädchen verbessern

Trotz jahrelanger nationaler und internationaler Bemühungen, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu erreichen und Frauen in die Lage zu versetzen, sich selbst aus der Armut zu befreien, sind diese Zielsetzungen noch lange nicht erreicht.

Im Rahmen der Millennium-Erklärung der Vereinten Nationen unterstrich die internationale Staatengemeinschaft, dass die Gleichbehandlung der Geschlechter ein grundlegendes Menschenrecht ist. Zudem wird in der Erklärung anerkannt, dass Armut, Hunger und Krankheiten nur dann überwunden werden können und nachhaltige Entwicklung erst dann möglich ist, wenn Frauen die gleichen Rechte wie Männer erhalten. Mit dem MDG 3 setzten sich die Unterzeichnerstaaten zum Ziel, konkrete Fortschritte hinsichtlich der Gleichbehandlung der Geschlechter und bei der Stärkung der Rolle von Frauen zu erzielen. Fortschritte sollen daran gemessen werden, inwiefern sich die unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten von Frauen und Männern zu Bildung, Arbeitsverhältnissen und politischer Teilhabe verringern. Der MDG-Report der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2006 zieht folgendes Zwischenfazit: „Die gute Nachricht ist, dass in sieben von zehn Regionen genauso viele Mädchen wie Jungen zur Schule gehen. Dennoch liegen in einigen Ländern die Einschulungsraten für die Grundschule bei Mädchen bei nur 75 % oder weniger im Vergleich zu Jungen. Die Geschlechterlücke beim Zugang zur Sekundarbildung ist weiterhin ein ernsthaftes Problem; im Durchschnitt kommen in diesem Bereich auf 100 eingeschulte Jungen nur 79 Mädchen. Zwei Drittel der Menschen, die nicht Lesen und Schreiben können, sind Frauen.“

Obwohl Frauen mittlerweile einen größeren Anteil an den weltweit zur Verfügung stehenden Arbeitskräften stellen, ist ihre berufliche Situation zumeist durch im Vergleich zu Männern niedrigere Löhne, berufliche Segregation, höhere Arbeitslosigkeit und eine überproportional hohe Beschäftigung im informellen und Subsistenzsektor gekennzeichnet.

Die Teilhabe von Frauen an politischen Prozessen hat sich zwar insgesamt verbessert (derzeit sind ca. 17 % aller Parlamentssitze weltweit von Frauen besetzt), es sind jedoch noch immer große regionale Unterschiede festzustellen. Beispielsweise ist die politische Repräsentation von Frauen in den Ländern Ozeaniens, Nordafrikas und Westasiens weiterhin gering.

Weitere Faktoren behindern das Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment; sie gehen jedoch über den Zielkatalog der Millennium-Entwicklungsziele hinaus. Zu ihnen zählen Gewalt gegen Frauen, die ungleiche Verteilung von Ressourcen, die überproportional hohe Gefährdung von Frauen durch bewaffnete Konflikte, die hohe Belastung von Frauen durch Pflegearbeit, fehlende weibliche Führungskräfte in Institutionen und geringe Repräsentanz in Entscheidungsprozessen, die ungenügende Berücksichtigung von Geschlechterfragen und Belangen von Frauen bei der Planung und Durchführung nationaler Entwicklungsstrategien und schließlich die vollkommen ungenügende Mittelausstattung für das Erreichen geschlechterspezifischer Zusagen und Zielsetzungen auf allen Ebenen.

Insbesondere in den folgenden zwei Bereichen ist dringender Handlungsbedarf geboten.

Finanzierung von Geschlechtergerechtigkeit und Stärkung der Rolle der Frau

Fortschritte bei der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit kosten Geld, sowohl was Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen betrifft als auch im Hinblick auf institutionelle Mechanismen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in unterschiedlichen Politikfeldern und in nationalen Programmen zur Armutsbekämpfung.

- Als Teil ihrer allgemeinen Hilfszusagen sollten die reichen Länder und insbesondere die G8 gewährleisten, dass eine langfristige, verlässliche und institutionelle Finanzierung der Arbeit von Frauenorganisationen und von Aktivitäten zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit zur Verfügung steht.
- Die Regierungen armer Länder sollten gewährleisten, dass Geschlechtergerechtigkeit in der nationalen Entwicklungsplanung Priorität eingeräumt wird und dass Frauen nicht nur an den entsprechenden Entscheidungsprozessen beteiligt werden, sondern aktiv darauf Einfluss nehmen können.
- Nationale Budgethilfen sollten an geeignete Indikatoren gekoppelt werden, um den Fortschritt bei der Umsetzung von Frauenrechten zu überprüfen.

Die Vereinten Nationen als Plattform für Frauen

Die vorhandenen Strukturen für die Stärkung der Rolle der Frauen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen sind bislang unzureichend, um die Verpflichtungen umzusetzen, die die Regierungen durch internationale Übereinkommen eingegangen sind. Es gibt Vorschläge, eine spezielle VN-Institution für Fragen der Geschlechtergleichstellung einzurichten, um die „Führungsrolle der Vereinten Nationen bei der Geschlechtergerechtigkeit und Stärkung der Rolle der Frauen“ zu stärken.³⁸

Bis jetzt sind allerdings keine Fortschritte bei der Umsetzung dieser Vorschläge zu erkennen, was Anlass zu großer Sorge bereitet. Durch den momentanen Stillstand in der Diskussion über die Institutionalisierung der Geschlechterperspektive innerhalb der Vereinten Nationen droht die internationale Staatengemeinschaft die einmalige Chance ungenutzt verstreichen zu lassen, die Vereinten Nationen zu einer zentralen Plattform für die Rechte und Partizipation von Frauen zu machen. Maßnahmen der G8 und anderer reicher Länder in den kommenden Monaten, insbesondere vor dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September, sollten nicht nur die Diskussion wieder neu beleben, sondern möglichst auch zu konkreten Vorschlägen führen.

³⁸ Zusammenfassung der thematischen Debatte der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu den Millennium-Entwicklungszielen, New York, 1.- 4. April 2008, unter www.un.org/ga/president/62/ThematicDebates/mdgthematicdebate.shtml

Die Staats- und Regierungschefs der G8 und anderer reicher Nationen spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Sie sollten eine klare Zielperspektive aufzeigen, wie so rasch wie möglich eine VN-Institution für Frauen geschaffen werden kann, die mit einem starken Mandat, entsprechenden Kompetenzen, umfassender Präsenz vor Ort sowie mit ausreichenden und langfristig gesicherten Ressourcen ausgestattet ist. Im Rahmen des VN-Systems sollte die Position eines Unter-Generalsekretärs eingerichtet werden, damit die Vereinten Nationen beim Thema Geschlechtergerechtigkeit hochrangig repräsentiert sind und eine entsprechende Rolle wahrnehmen können.

6. Sicherheit als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung fördern

Armut, verbunden mit extremer sozialer Ungleichheit, ist mitverantwortlich für viele der derzeit rund 30 kriegerischen Auseinandersetzungen. Je ärmer ein Land, desto größer das Risiko, dass es Schauplatz schwerer bewaffneter Konflikte wird.³⁹ Sollte es der internationalen Gemeinschaft nicht gelingen, bis 2015 die MDGs zu erreichen, würden langfristig viele Anstrengungen zur weltweiten Überwindung von Gewalt und Krieg untergraben.

Frieden ist vielerorts durch ungleichen Zugang zu öffentlichen Grunddienstleistungen gefährdet. Streitigkeiten um Wasser und andere Lebensgrundlagen führen rasch zu bewaffneten Auseinandersetzungen, für die oftmals auch ethnische oder religiöse Zugehörigkeit instrumentalisiert werden. Eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Grunddienstleistungen kann Gewalt entscheidend vorbeugen – besonders in Ländern, die noch stark unter den Folgen vergangener Kriege leiden.

Die weltweiten staatlichen Rüstungsausgaben betragen im Jahr 2007 rund 1,300 Mrd. US-Dollar – etwa das Dreizehnfache der internationalen Entwicklungshilfe. Italien gibt zum Beispiel umgerechnet 29 Mrd. US-Dollar für Rüstungszwecke aus, sieht sich aber außerstande, sein Entwicklungsbudget auf mehr als 4 Mrd. US-Dollar anzuheben. Kleinwaffen und andere konventionelle Rüstungsgüter, die ursprünglich aus reichen Industrienationen stammen, finden sich auf Kriegsschauplätzen in aller Welt – unter anderem ist dies das Resultat äußerst lückenhafter internationaler Rüstungstransferkontrollen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn unverantwortliche Waffenlieferungen tragen häufig zur Eskalation gewaltsamer Konflikte bei und erschweren ihre Lösung. Damit gefährden sie die Erreichung der MDGs, denn in Kriege verwickelte Länder können kaum der Armut entkommen. Eine Oxfam-Studie von 2007 berechnete überschlagsweise den Schaden von Kriegen der letzten zwei Jahrzehnte für afrikanische Volkswirtschaften. Demnach ging Afrika durch bewaffnete Konflikte jedes Jahr mit rund 18 Mrd. US-Dollar so viel Geld verloren, wie es gleichzeitig an Entwicklungshilfe empfing.⁴⁰

Rüstungstransfers gehen insbesondere dann auf Kosten der Entwicklung, wenn arme Länder weit mehr Mittel für Waffenkäufe aufwenden, als für ihre Verteidigung nötig wäre. Der Schaden wird häufig noch durch Korruption vergrößert. Auch bei Rüstungstransfers sind deshalb Transparenz und Rechenschaftslegung unabdingbar – sowohl auf Seiten der Import- als auch der Exportländer. Berichten zufolge gab zum Beispiel Indonesien vor wenigen Jahren über 700 Mio. Euro für Korvetten aus den Niederlanden aus – trotz weitaus günstigerer Alternativen.⁴¹

³⁹ P. Collier 2007: *The Bottom Billion: Why the Poorest Countries are Failing and What can be Done About it*, Oxford, S. 32.

⁴⁰ Oxfam International 2007: *Africa's Missing Billions*, unter: www.oxfam.de

⁴¹ Ein Oxfam-Positionspapier zu den Auswirkungen unverantwortlicher Rüstungstransfers auf nachhaltige Entwicklung erscheint voraussichtlich im September 2008.

In den kommenden Jahren besteht die Chance, endlich verbindliche Regelungen für den globalen Waffenhandel zu schaffen: Alle G8-Staaten mit Ausnahme Kanadas gehören einer VN-Expertengruppe an, die bis August über die Machbarkeit, den Regelungsumfang und wesentliche Bestandteile eines weltweiten Übereinkommens zur Kontrolle des Rüstungshandels (Arms Trade Treaty, ATT) berät – Grundlage für den eigentlichen VN-Verhandlungsprozess ab 2009. Um wirksam zu sein, muss das angestrebte Kontrollinstrument rechtlich verbindlichen Status besitzen, alle konventionellen Rüstungsgüter umfassen und den Schutz der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und der nachhaltigen Entwicklung festschreiben. Die G8-Mitglieder USA, Großbritannien, Russland, Frankreich, China, Deutschland und Kanada tragen als führende Mächte und Rüstungsexporteure eine besondere Verantwortung für ein entsprechendes Ergebnis. Jedoch sind sich die genannten Regierungen in grundlegenden Fragen derzeit uneinig – einige zählen zu den größten Widersachern, andere zu den stärksten Befürwortern eines solchen verbindlichen und umfassenden Übereinkommens.

Bewaffnete Konflikte und Frauen

Die im Oktober 2000 verabschiedete VN-Sicherheitsrats-Resolution 1325 stellt fest, dass Frauen in besonderem Maße von bewaffneten Konflikten betroffen sind. Sie fordert die Staatengemeinschaft auf, Frauen als gleichberechtigte Akteure umfassend in Friedensprozesse einzubeziehen – sei es in Friedensverhandlungen oder im Zuge des Wiederaufbaus. Ein besonderes Augenmerk legt die Resolution auf die Erstellung und Umsetzung von Nationalen Aktionsplänen (National Action Plans, NAPs) durch Länder, die Truppen für Friedensmissionen stellen. Bislang haben erst 10 Staaten NAPs aufgestellt. In einigen Ländern arbeiten derzeit Frauenrechtsgruppen gemeinsam mit ihren Regierungen an entsprechenden Dokumenten. Die G8-Staaten könnten diesem Prozess mehr Schub verleihen, indem sie Regierungen bei der Aufstellung von NAPs konkret unterstützen; dabei müsste sichergestellt werden, dass in den betreffenden Ländern die Zivilgesellschaft und besonders Frauenorganisationen ausreichend einbezogen sind.

Wie in Resolution 1325 vorgeschlagen, sollten die G8 und andere reiche Länder stärker die Geschlechterperspektive in Friedenssicherungseinsätze integrieren und bei Versöhnungs- und Wiederaufbauprozessen die Förderung von Trainingsmaßnahmen zur Sensibilisierung in Geschlechterfragen erhöhen.

Mehr Geld für bessere und schnellere Nothilfe

Die reichen Länder stellen nicht genügend Geld für Nothilfe in humanitären Krisen bereit. Zwar sind 2006 die Finanzmittel der OECD-Länder für Nothilfe auf insgesamt über 9 Mrd. US-Dollar gestiegen. Das reicht allerdings nicht aus, weil sich immer mehr Naturkatastrophen ereignen und somit der Finanzbedarf für Nothilfe überproportional ansteigt. Beispielsweise gab es allein im vergangenen Jahr Überschwemmungen in 23 Ländern Afrikas und in 11 Ländern Asiens. Davon waren insgesamt 251 Millionen Menschen betroffen. Zum Vergleich: Der Tsunami im Indischen Ozean im Dezember 2004 betraf etwa

1,75 Millionen Menschen. Weltweit konnten im vergangenen Jahr 13 Millionen Menschen überhaupt nicht mit Nothilfe versorgt werden, weil die Geberländer nicht willens oder in der Lage waren, die dafür nach VN-Angaben benötigten zusätzlichen 1,5 Mrd. US-Dollar aufzubringen. Zur Verschärfung dieses Problems tragen die weltweit steigenden Nahrungsmittelpreise bei (s. oben Kap. 1).

Besonders betroffen von der globalen Verknappung der finanziellen Ressourcen für Nothilfe sind solche Länder und Krisen, die nicht im Zentrum des Medieninteresses stehen. Beispielsweise haben die Geberländer 2006 den VN-Hilfesauftrag für Burundi nur zu 45 % unterstützt. Der VN-Hilfesauftrag für den Libanon wurde dagegen mit 123 % deutlich übererfüllt. 2007 wurden für Nordkorea 90 % der benötigten Gelder zur Verfügung gestellt, für die Überschwemmungen in Burkina Faso und Sambia hingegen nur 21 % bzw. 12 %.

Schlussbemerkung

Die reichen Länder, insbesondere die G8, haben die Möglichkeit, das Jahr 2008 zu einem Wendepunkt im Kampf gegen die weltweite Armut zu machen und entscheidende Fortschritte beim Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele, bei der Bewältigung der Nahrungsmittelkrise und im Kampf gegen den Klimawandel zu bewirken. Entschlossenes und schnelles Handeln ist geboten, um die gegebenen Versprechen einzulösen.

In den nächsten Monaten gibt es eine Reihe von Anlässen, bei denen die politischen Führungen der G8-Länder zeigen können, dass ihr Wort sehr wohl etwas gilt und dass sie entschlossen sind, ihr Ansehen als glaubwürdige Politiker zu retten. Dazu zählen der G8-Gipfel im Juli in Japan, der MDG-Gipfel auf Einladung des UN-Generalsekretärs im September, der Ghana-Gipfel zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls im September und die VN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha im November/Dezember. Auf diesen Konferenzen müssen konkrete Aktions- und Finanzierungspläne zum Erreichen der MDGs verabschiedet werden. Zudem gilt es, auf der VN-Klimakonferenz in Poznan/Polen im Dezember ein Abkommen zur Bewältigung des Klimawandels und seiner Folgen zu schließen, das auch die Interessen der Entwicklungs- und Schwellenländer berücksichtigt.

Millionen von Aktivistinnen und Aktivisten in reichen wie armen Ländern erwarten von ihren jeweiligen Staats- und Regierungschefs konsequentes Handeln im Kampf gegen die Armut und globale Ungerechtigkeit. Sie werden die anstehenden Ereignisse aufmerksam verfolgen und den internationalen Druck aufrecht erhalten, bis adäquate Lösungen für die bestehenden Herausforderungen gefunden worden sind.

Anhang 1: Vergleich zwischen öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) und Militärausgaben*

	ODA in 2007	ODA in 2007 in % des BNE* *	Änderung in % von 2006 auf 2007	Änderung in % von 2006 auf 2007 ohne Schuldenerlass	Ziel für 2010 in Mrd. US-\$ (Wert des US-\$ in 2006)	Notwendiger Anstieg zum Erreichen des Ziels	Militärausgaben in Mrd. US-\$	Militärausgaben pro Person in US-\$	Entwicklungshilfeausgaben pro Person in US-\$
Belgien***	1,9	0,43	-11,2	0.6	3	55%	4.3	416	188
Deutschland	12,3	0,37	+5,9	9.8	16.3	33%	36.9	447	148
Frankreich	9,9	0,39	-15,9	5.6	14.9	50%	53.0	870	163
Großbritannien	9,9	0,36	-29,1	-2.0	14.8	50%	59.2	984	165
Irland	1,2	0,54	+4,6	4.6	1.3	9%	1.1	273	290
Italien	3,9	0,19	-3,6	46.7	10.2	159%	29.9	510	67
Niederlande	6,2	0,81	3,1	2.5	5.96	-4%	9.8	598	381
Spanien	5,7	0,41	+33,8	47.6	7.9	38%	12.3	284	132
Australien	2,5	0,30	+1,0	15.6	2.9	18%	13.8	680	122
Japan	7,7	0,17	-30,1	-24.0	10	31%	43.7	342	60
Kanada	3,9	0,28	-2,7	4.3	4.2	6%	13.5	418	121
Neuseeland	0,3	0,27	+3,7	3.7	.3	9%	1.0	267	77
USA	21,7	0,16	-9,9	-3.5	24.7	14%	528.6	1763	73
EU-Staaten insgesamt	62	0.4	-5.8%	8.8	84.6	36%	-	-	83
OECD-Staaten insgesamt	103.6	0.28	-8.4	2.4	132.3	-	-	-	-

* Militärausgaben für 2005 nach SIPRI-Datenbank, ODA-Zahlen von 2007 nach OECD/DAC

** BNE= Bruttonationaleinkommen

*** Die hier aufgeführten Länder sind diejenigen Länder der OECD, in denen Oxfam vertreten ist. G7-Länder in Fettschrift.

Anhang 2: Der Einfluss des Klimawandels auf die Millennium-Entwicklungsziele

Ziel	Mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf die Millennium-Entwicklungsziele
1. Extreme Armut und Hunger beseitigen	<p>Der Klimawandel wird wichtige Ökosysteme und damit Wälder, Weideflächen, Fischbestände und landwirtschaftliche Nutzflächen verändern. Vor allem die in Armut lebenden Menschen in den Entwicklungsländern hängen von diesen natürlichen Ressourcen besonders ab.</p> <p>Der Klimawandel wird die Lebensgrundlagen der Menschen bedrohen, Häuser zerstören und sowohl Überschwemmungen als auch extreme Dürren mit sich bringen und außerdem die Ausbreitung von Krankheiten befördern – all das wird die Menschen tiefer in die Armut treiben.</p> <p>Soziale Spannungen werden sich verschärfen, wenn die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen abnimmt. Dies kann zu Konflikten und zur Destabilisierung ganzer Gesellschaften führen und große Migrationsbewegungen auslösen.</p>
2. Grundschulbildung für alle Kinder gewährleisten	<p>Der Klimawandel wird es Kindern in vielen Fällen schwer oder unmöglich machen, regelmäßig zur Schule zu gehen. Wo der Klimawandel die wirtschaftliche Situation erschwert, werden zunehmend Kinder (vor allem Mädchen) zum Einkommen der Familie beitragen müssen, sich um kranke Verwandte kümmern oder knapper werdendes Wasser aus immer größeren Entfernungen heranschaffen müssen.</p> <p>Mangelernährung oder Krankheiten infolge des Klimawandels werden sich negativ auf die Lernfähigkeiten der Kinder auswirken bzw. ihnen den Schulbesuch ganz unmöglich machen.</p> <p>Schockereignisse wie Überschwemmungen oder Stürme können Schulgebäude zerstören oder Migrationsbewegungen auslösen, die einen geregelten Schulbesuch unmöglich machen.</p>
3. Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern	<p>Der Klimawandel wird Frauen weiter benachteiligen, denn Frauen in den Entwicklungsländern sind häufig direkter abhängig von der natürlichen Umwelt, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und daher auch verletzlicher gegenüber den erwarteten Veränderungen z.B. im landwirtschaftlichen Sektor.</p> <p>Typischerweise sind es die Frauen und Mädchen, die für das Herbeischaffen von Wasser, Tierfutter, Feuerholz oder Nahrung zuständig sind. Der Klimawandel macht diese Aufgabe zunehmend schwerer.</p> <p>Von Frauen geführte Haushalte verfügen in der Regel über weniger Ressourcen und sind daher von extremen Ereignissen wie Unwetterkatastrophen stärker betroffen.</p>
4, 5, & 6. Die Kindersterblichkeit senken, die Gesundheit der Mütter verbessern, HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen	<p>Der Klimawandel wird millionenfach zusätzliche Tote, Verletzte und Kranke mit sich bringen, als Folge von Hitzewellen und Dürren, Überschwemmungen oder Stürmen.</p> <p>Der Klimawandel wird in vielen Regionen der Erde die Ausbreitung von Malaria, Dengue-Fieber, Cholera und weiteren Krankheiten befördern. Kinder und schwangere Frauen werden davon besonders betroffen sein.</p> <p>Zunehmende Wasserknappheit und schlechtere Wasserqualität kann zu Mangelernährung bei Kindern führen, vor allem in den Ländern Afrikas südlich der Sahara.</p>

7. Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten	Der Klimawandel wird Qualität und Produktivität der Ökosysteme und der natürlichen Ressourcen negativ verändern und in vielen Fällen vollständig zerstören oder andere Stressfaktoren in Ökosystemen (Verschmutzung, Zersiedelung etc.) noch verstärken. Die biologische Vielfalt wird weltweit stark zurückgehen.
8. Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen	Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Ihm zu begegnen, erfordert weltweite Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Insbesondere Entwicklungsländer benötigen zusätzliche Unterstützung für den Umgang mit der neuen, zusätzlichen Belastung, um den Kampf gegen die Armut weiterführen zu können. Jetzt erst recht müssen die reichen Länder ihre Zusagen zur Erhöhung der Entwicklungshilfe erfüllen und zusätzliche Gelder in Milliardenhöhe für die Anpassung an den Klimawandel bereitstellen.

© Oxfam International Juni 2008

Dieses Dokument wurde von Max Lawson verfasst.

Wir danken Henry Northover, Paul Cook, Lucia Fry, Sarah Williams, Antonio Hill, Amy Barry, Katherine Nightingale, Ed Cairns, Rob Bailey, Liz Stuart, Hetty Kovach und Ines Smyth für ihre Kommentare. Dieses Dokument ist Teil einer Reihe von Veröffentlichungen, die die Öffentlichkeit über entwicklungspolitische und humanitäre Themen informieren.

Der Text kann für Kampagnen-, Bildungs- und Forschungszwecke unentgeltlich genutzt werden, sofern die vollständige Quelle angegeben wird. Der Inhaber des Urheberrechts bittet darum, dass ihm sämtliche derartige Nutzungen für Zwecke der Auswertung gemeldet werden. Für die Vervielfältigung unter sonstigen Umständen oder für die Wiederverwendung in anderen Veröffentlichungen oder für die Übersetzung oder Bearbeitung ist unsere vorherige Zustimmung erforderlich, und es können Gebühren anfallen. Senden Sie eine E-mail an: info@oxfam.de.

Für weitere Informationen über die in diesem Papier behandelten Themen senden Sie bitte eine E-mail an: info@oxfam.de.

Oxfam International ist ein Verbund von dreizehn Organisationen, die in mehr als 100 Ländern zusammenarbeiten, die sich für eine gerechte Welt ohne Armut einsetzen. Oxfam Amerika, Oxfam Australien, Oxfam Belgien, Oxfam Kanada, Oxfam Frankreich – Agir ici, Oxfam Deutschland, Oxfam Großbritannien, Oxfam Hong Kong, Intermón Oxfam (Spanien), Oxfam Irland, Oxfam Neuseeland, Oxfam Novib (Niederlande) und Oxfam Québec. Wenden Sie sich bitte telefonisch oder schriftlich an uns, um weitere Informationen zu erhalten, oder besuchen Sie www.oxfam.org.

<p>Oxfam Amerika 226 Causeway Street, Floor 5, Boston, MA 02114-2206, USA Tel: +1.617.482.1211 E-mail: info@oxfamamerica.org www.oxfamamerica.org</p>	<p>Oxfam Hong Kong 17/fl., China United Centre, 28 Marble Road, North Point, Hong Kong Tel: +852.2520.2525 E-mail: info@oxfam.org.hk www.oxfam.org.hk</p>
<p>Oxfam Australien 156 George St., Fitzroy, Victoria 3065, Australien Tel: +61.3.9289.9444 E-mail: enquire@oxfam.org.au www.oxfam.org.au</p>	<p>Intermón Oxfam (Spanien) Roger de Llúria 15, 08010, Barcelona, Spanien Tel: +34.902.330.331 E-mail: info@intermonoxfam.org www.intermonoxfam.org</p>
<p>Oxfam Belgien Rue des Quatre Vents 60, 1080 Brüssel, Belgien Tel: +32.2.501.6700 E-mail: oxfamsol@oxfamsol.be www.oxfamsol.be</p>	<p>Oxfam Irland Dublin Office, 9 Burgh Quay, Dublin 2, Irland Tel: +353.1.672.7662 Belfast Office, 115 North St, Belfast BT1 1ND, UK Tel: +44.28.9023.0220 E-mail: communications@oxfamireland.org www.oxfamireland.org</p>
<p>Oxfam Kanada 250 City Centre Ave, Suite 400, Ottawa, Ontario, K1R 6K7, Kanada Tel: +1.613.237.5236 E-mail: info@oxfam.ca www.oxfam.ca</p>	<p>Oxfam Neuseeland PO Box 68357, Auckland 1032, Neuseeland Tel: +64.9.355.6500 (Toll-free 0800 400 666) E-mail: oxfam@oxfam.org.nz www.oxfam.org.nz</p>
<p>Oxfam Frankreich - Agir ici 104 rue Oberkampf, 75011 Paris, Frankreich Tel: + 33 1 56 98 24 40. E-mail: info@oxfamfrance.org www.oxfamfrance.org</p>	<p>Oxfam Novib (Niederlande) Mauritskade 9, Postbus 30919, 2500 GX, Den Haag, Niederlande Tel: +31.70.342.1621 E-mail: info@oxfamnovib.nl www.oxfamnovib.nl</p>
<p>Oxfam Deutschland Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Deutschland Tel: +49.30.428.50621 E-mail: info@oxfam.de www.oxfam.de</p>	<p>Oxfam Québec 2330 rue Notre Dame Ouest, bureau 200, Montréal, Québec, H3J 2Y2, Kanada Tel: +1.514.937.1614 E-mail: info@oxfam.qc.ca www.oxfam.qc.ca</p>
<p>Oxfam Großbritannien Oxfam House, John Smith Drive, Cowley, Oxford, OX4 2JY, Vereinigtes Königreich Tel: +44 (0)1865.473727 E-mail: enquiries@oxfam.org.uk www.oxfam.org.uk</p>	

Oxfam International Sekretariat: Suite 20, 266 Banbury Road, Oxford, OX2 7DL, Vereinigtes Königreich
Tel: +44.(0)1865.339100. E-mail: information@oxfaminternational.org. Website: www.oxfam.org

Oxfam International Kampagnenbüros: E-mail: advocacy@oxfaminternational.org

Washington: 1112 15th St., NW, Ste. 600, Washington, DC 20036, USA Tel: +1.202.496.1170.

Brüssel: 22 rue Philippe le Bon 15, 1000 Brüssel, Belgien Tel: +322.501.6700.

Genf: 15 rue des Savoises, 1205 Genf, Schweiz Tel: +41.22.321.2371.

New York: 355 Lexington Avenue, 3rd Floor, New York, NY 10017, USA Tel: +1.212.687.2091.

Mit Oxfam verbundene Organisationen. Die folgenden Organisationen sind mit Oxfam International verbunden:

Oxfam Japan Maruko bldg. 2F, 1-20-6, Higashi-Ueno, Taito-ku, Tokyo 110-0015, Japan

Tel: + 81.3.3834.1556. E-mail: info@oxfam.jp Website: www.oxfam.jp

Oxfam Indien B55, First Floor, Shivalik, New Delhi, 1100-17, Indien

Tel: + 91.11.26693 763. E-mail: info@oxfamint.org.in Website: www.oxfamint.org.in

Oxfam-Mitglied mit Beobachterstatus. Folgende Organisation hat derzeit Beobachterstatus bei Oxfam International und beabsichtigt, Vollmitgliedschaft zu erreichen.

Fundación Rostros y Voces (México) Alabama No. 105 (esquina con Missouri), Col. Nápoles, C.P. 03810 Mexiko, D.F.

Tel/Fax: + 52 55 687 3002. E-mail: comunicacion@rostrosyvoces.org

Website: www.rostrosyvoces.org

Published by Oxfam International June 2008

Published by Oxfam GB for Oxfam International under ISBN 978-1-84814-292-3